

NÖGEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK

SCHWERPUNKT. VORSORGE - EIN GANZHEITLICHER ANSATZ

Lebensqualität in der Kommunalpolitik



LANDESREGIERUNG

Das Arbeits-
übereinkommen
aus Gemeindesicht

KINDER

Neuerungen bei
**Tagesbetreuungs-
einrichtungen**



**GEMEINDETAG UND
KOMMUNALMESSE 2023**

**21./22. JUNI 2023
MESSE INNSBRUCK**

**INFOS AUF
WWW.DIEKOMMUNALMESSE.AT**

FÜR EUCH, DIE GESTALTER

Die Kommunalmesse und der Gemeindetag bieten Ihnen unzählige Möglichkeiten: Lernen Sie neue Chancen für Ihre Gemeinde kennen. Netzwerken Sie mit 2.500 gleichgesinnten kommunalen Gestaltern und über 200 Ausstellern. Erleben Sie spannende Unterhaltung und nutzen Sie das umfangreiche Programm, vom Expertentalk bis zum Heurigen, von der Fachtagung bis zum Galaabend.



**KOMMUNAL
MESSE 2023**

NÖ POLITIK AKTUELL ARBEITSÜBEREINKOMMEN



© NLK/Burchard

Das Arbeitsübereinkommen von ÖVP und FPÖ ist in vielen Bereichen ein Kompromiss. Was sind die wichtigsten Punkte aus Sicht der Gemeinden?

04 NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl

Das Arbeitsübereinkommen aus Gemeindegewinn

10 VP-Klubobmann Jochen Danning

„Politik ist das Ringen um die beste Lösung“

SCHWERPUNKT VORSORGE IN DER KOMMUNALPOLITIK



© deagreerz - stock.adobe.com

Die Kommunalpolitik bringt vielfältige Belastungen mit sich. Was können Mandatarinnen und Mandatäre tun, um sich ihre Gesundheit zu bewahren?

12 Ernährung und Bewegung für Kommunalpolitiker

Nicht nur die Liebe geht durch den Magen

16 Mentale Gesundheit

Geheimwaffe: „Humor nicht verlieren“

18 Steuer

Bürgermeisterpension und Neues zu Sonderausgaben

RECHT & VERWALTUNG

23 Energieversorgung

Die Energieausweis- und Anlagendatenbank NÖ

26 Kinderbetreuung

Neuerungen bei Tagesbetreuungseinrichtungen

AUS ERSTER HAND

TIPPS, UM DIR DIE
LEBENSQUALITÄT ALS
KOMMUNALPOLITIKER
ZU BEWAHREN

Die neue Proporz-Landesregierung ist angelobt. Die ersten Maßnahmen aus dem Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und FPÖ sind bereits in Umsetzung. Wir schauen uns in dieser Ausgabe der NÖ Gemeinde ganz genau an, was für die Gemeinden in der Vereinbarung drinsteht und welche Themenfelder uns direkt und indirekt betreffen.

Abseits davon wird's im Themenschwerpunkt „Lebensqualität für Kommunalpolitiker“ in dieser Ausgabe auch „persönlich“. Denn Gemeindepolitik ist für die Mandatäre sowohl körperlich als auch psychisch herausfordernd. Du liest deshalb, was Du tun kannst, um Dich von „großen Katastrophen“ genauso wenig wie von täglichen kleinen „Sticheleien“ aus der Spur bringen zu lassen. Und es gibt praktische Hinweise, wie Du Dir auch im „Alltagsgeschäft“ immer die nötige Energie für Deine Management- und Verantwortungsaufgabe in Deiner Gemeinde holen kannst. BEWEGUNG, ERNÄHRUNG, eine ausgeglichene PSYCHE, AUSTAUSCH mit Kolleginnen und Kollegen, eine gute soziale und finanzielle ABSICHERUNG und viel WISSEN und ERFAHRUNG sind die wichtigsten Eckpunkte in einem ganzheitlichen Ansatz zur „Lebensqualität als Kommunalpolitiker“. Und natürlich sind wir Dir auch als NÖ Gemeindebund immer Stütze bei Herausforderungen. Denk' bitte dran!

Schließlich werfen wir noch einen Blick nach Straßburg in die „Herzkammer“ des europäischen Parlamentarismus. Einige der dort gerade anstehenden Entscheidungen haben wir bei einer Delegationsreise versucht, in unsere Richtung der kleinen und mittleren Kommunen zu beeinflussen!

Ich wünsche Dir eine informative und spannende, aber vor allem hilfreiche Lektüre dieser Ausgabe unserer NÖ Gemeinde. Möge sie Dich bei Deiner Arbeit für Deine Gemeinde unterstützen!

BGM. DIPL.-ING. JOHANNES PRESSL, PRÄSIDENT



NÖ POLITIK AKTUELL DIE NEUE LANDESREGIERUNG

Das **Arbeitsübereinkommen** aus Gemeindesicht

Seit der Konstituierung des neuen Landtages in Niederösterreich am 23. März 2023 ist auch für die Gemeinden eine neue Zeitrechnung angebrochen. Zunächst wird es aber bei den Zuständigkeiten Kontinuität und Konstanz geben: Unsere Landeshauptfrau Johann Mikl-Leitner wird weiterhin für die Gemeindebedarfszuweisungsmittel zuständig sein und Landesrat Ludwig Schleritzko wird den Bereich der Gemeindeangelegenheiten gesamt verantworten. [VON JOHANNES PRESSL](#)

Inhaltlich spricht bereits aus dem Arbeitsübereinkommen der „Kompromiss“, der zukünftig wohl auch im Bereich der Gemeinden bei vielen Themen mehr denn je gefunden werden muss. Außer Streit gestellt ist zwar – und das ist für uns enorm wichtig, dass die Kommunalgipfelvereinbarungen weitergeführt werden. Damit ist u.a. gesichert, dass die Finanzierung der Umlagen für Sozialhilfe, NÖKAS und Kinder- und Jugendwohlfahrt u.a. umlagefinanzierter Gemeindeaufgaben auch zukünftig einer periodischen Neuverhandlung unterzogen werden. Ebenfalls klar ist, dass wir als NÖ

Gemeinebund weiterhin im Vorfeld in alle Änderungsabsichten von gemeinderelevanten Gesetzen und Verordnungen eingebunden sind. Während unser Vorschlag zum Beschluss eines modernen Gemeindedienstrechtes auch ins Regierungsprogramm aufgenommen wurde, wurde im Gegenzug auch die Stärkung der Minderheitsrechte in den Gemeinderäten auf Basis eines noch zu erarbeitenden Vorschlages der Gemeindevertreterverbände ebenfalls festgeschrieben. Die bessere soziale Absicherung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister – zum Beispiel bei Ausscheiden aus dem Amt

“ Wir werden weiterhin die bessere soziale Absicherung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister fordern.



Die neue Landesregierung:


Sven Hergovich, Ludwig Schleritzko, Stephan Pernkopf, Christiane Teschl-Hofmeister, Johanna Miki-Leitner, Ulrike Königsberger-Ludwig, Udo Landbauer, Christoph Luisser, Susanne Rosenkranz.

oder bei Karenz – und die Attraktivierung des Amtes ganz generell wurden nicht in das Papier aufgenommen. Wir werden dies aber weiterhin fordern.

Gemeindeverwaltung

Im Bereich der Gemeindeverwaltung konnten wir zwei grundsätzliche Zielsetzungen vereinbaren: Die verstärkte Gemeindekooperation bei der Abgabeneinhebung im Modell der Gemeindeverbandsstruktur ist jetzt – unter Wahrung der Gemeindeautonomie – im Arbeitsübereinkommen drin. Und erstmals bekommt auch ein einheitliches Datenmanagement in den Gemeinden Raum. Beides sind Maßnahmen mit Blick auf die langfristige Weiterentwicklung der Verwaltung, um sie letztlich noch effizienter zu machen und damit in Zukunft ohnehin rares Personal von der Verwaltung für Bürgerservice und andere Bereiche leichter freispielen zu können. Umgekehrt war es eine Forderung der Gegenseite, dass die Gemeindefinanzen noch transparenter werden. Wir sehen das auch positiv und haben uns in Zeiten der Digitalisierung auf die verpflichtende elektronische Amtstafel geeinigt, die die Gemeindegebarung für alle Bürgerinnen und Bürger noch „nachvollziehbarer“ machen soll.

Paradigmenwechsel bei Gemeinderatswahlen

Einen „Paradigmenwechsel“ bei der Gemeinderatswahl wird die Abschaffung des nicht amtlichen Stimmzettels - bereits ab 2025 - bringen. Am Ende konnten wir auch dazu einen Kompromiss erzielen: Die Persönlichkeitswahl wird bleiben. Also „Name vor Partei“ zählt auch in Zukunft. Und am amtlichen Stimmzettel werden, wie schon bei der Landtagswahl, alle Kandidatinnen und Kandidaten der wahlwerbenden Parteien aufgeführt sein, so dass auch hier der Wählerwille völlig neutral und unvoreingenommen umgesetzt werden kann. 

Die Regierungsmitglieder und ihre Zuständigkeiten

LH Johanna Miki-Leitner (VPNÖ)

- › u.a. Personal,
- › Kultur,
- › Wirtschaft,
- › Tourismus,
- › Europäischen Integration, EU-Erweiterung, Außenbeziehungen des Landes NÖ



LHStv. Stephan Pernkopf (VPNÖ)

- › u.a. Energie,
- › Landwirtschaft,
- › Umwelt,
- › Wissenschaft & Forschung,
- › Feuerwehren



LHStv. Udo Landbauer (FPÖ)

- › Mobilität (Straße & Verkehr),
- › Sport,
- › EU-Agenden



LR Christiane Teschl-Hofmeister (VPNÖ)

- › u.a. Bildung,
- › Soziales,
- › Wohnbau



LR Ludwig Schleritzko (VPNÖ)

- › u.a. Finanzen,
- › Aufsicht über ÖVP-Gemeinden,
- › Landeskliniken



LR Susanne Rosenkranz (FPÖ)

- › Arbeitsmarkt,
- › Behindertenhilfe,
- › Konsumentenschutz,
- › Natur- & Tierschutz



LR Sven Hergovich (SPÖ)

- › u.a. Baurecht,
- › Aufsicht über SPÖ-Gemeinden



LR Ulrike Königsberger-Ludwig (SPÖ)

- › u.a. Gesundheit,
- › Kinder- und Jugendhilfe,
- › Frauenhäuser & Obdachlosenheime



LR Christoph Luisser (FPÖ)

- › u.a. Sicherheit,
- › Asyl,
- › Zivilschutz,
- › NÖGUS

Auch in anderen Kapiteln und in fast allen Regierungsressorts finden sich Zukunftsthemen, die für die Gemeinden wichtig sind und ich darf nur einige davon herausgreifen:

› **Bildung:**

- Die „Sonderschulen“ bleiben in Niederösterreich, was für uns in den Gemeinden bedeutet, nicht noch mehr „Inklusion“ in den Basisbildungseinrichtungen „allein“ stemmen zu müssen.
- Bei den Stützkräften ist eine „Neuordnung“ – und wir gehen davon aus, dass dies auch ein „finanzielles Engagement“ des Landes bedeuten wird - zumindest im Programm festgeschrieben.

› **Kinderbetreuung und Familie:**

- Das im Herbst verhandelte Kinderbetreuungspaket wird umgesetzt. Allen „noch mehr“-Forderungen, die vor allem von der SPÖ bei den Verhandlungen gekommen sind, wurde eine Absage erteilt.
- Die Wahlfreiheit für Eltern wird nochmals betont und damit ist auch die „Aufwertung“ von Betreuung im Familienverbund gemeint. Damit bleibt auch die Tageselternstruktur als Teil des Betreuungsangebotes erhalten.

› **Gesundheit:**

- Da ist im Programm von einem noch nicht näher definierten „Kleinregionsarzt“ die Rede. Vermutlich das gemeinsame Bemühen um Lösungen, wo Einzelarztpraxen nicht schaffbar sind!
- Auch im Bereich der Telemedizin sollen mehr Möglichkeiten geschaffen werden. Ebenfalls eine Strategie für jene Regionen, in denen der Landarztmangel droht.

› **Grundversorgung/Intergration:**

- Dazu wurde die maximale Obergrenze von Personen pro Gemeinde, die sich in der Grundversorgung befinden mit 1,5% festgelegt. Dies als Ausgleich zwischen allen und um keine Gemeinde bei diesem Thema und allenfalls zukünftigen Fluchtwellen zu überfordern!

› **Kultur:**

- Hier soll das Musikschulwesen durch ein neues Musikschulgesetz und verbesserte Strukturen effizienter werden. Aus Sicht der Gemeinden geht es neben der Qualität vor allem um ein Sicherstellen der Finanzierbarkeit, weil die Gemeindebeiträge in vielen Musikschulen nahezu „ungebremst“ durch die Decke gehen!

› **Land- und Forstwirtschaft, Nahrungsmittelsicherheit, Kulturlandschaft:**

- Das „Management“ von Biber, Fischotter und auch Wolf soll konsequent umgesetzt werden.
- Der Hochwasserschutz und die Sicherung der Gemeinde-Trinkwasserversorgung haben vor allem in Zeiten des Klimawandels einen noch höheren Stellenwert, steht im Arbeitsübereinkommen.

› **Pflege und Betreuung älterer Menschen:**

- Von der Unterstützung pflegender Angehöriger über ein „Betreutes Wohnen plus“ bis hin zum Ausbau der Hauskranken- und teilstationären Pflege soll die Vorstufe vor dem Pflegeheim gestärkt und das möglichst lange zu Hause „Altern in Würde“ noch besser ermöglicht werden.

› **Sicherheit/Vorsorge:**

- Die Gemeinden sollen bei der Blackoutvorsorge für ihre kritische Infrastruktur (Kanal, Wasser usw.) Hilfen erhalten.
- Für jede Gemeinde sollen Katastrophenschutzpläne erarbeitet werden.
- Die Feuerwehren sollen weiter unterstützt werden, und eine regionale moderne Polizeistruktur soll erhalten bleiben.

› **Sport:**

- Der Weg zur uneingeschränkten Nutzung von schulischen (auch Gemeinde-) Sport- und Freizeiteinrichtungen soll mit digitalen Zutrittssystemen weiter beschritten werden.

› **Gastronomie**

- Die lokale NÖ Wirtshauskultur soll unter anderem durch eine „Übernehmerförderung“ gefördert werden.



Die konstituierende Sitzung der neuen Landesregierung



JOHANNES PRESSL

ist Bürgermeister von Ardagger und Präsident des NÖ Gemeindebundes



KOMMENTAR

Inhaltlich ambitioniertes Arbeitspaket

In Summe ist das Arbeitspaket von ÖVP und FPÖ inhaltlich ambitioniert und für unsere Gemeinden und die Entwicklungen – speziell im ländlichen Raum – „gut zugeschnitten“.

Die anhaltenden Diskussionen, ob eine FPÖ „regierungsfähig“ sei oder gemacht werden dürfe, sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der Proporzregierung ohnehin alle Parteien – auch die FPÖ – vertreten sind.

Jedenfalls beweist dieses Arbeitsübereinkommen mehr denn je „Größe“ und den Willen zur „Handreichung“ unserer Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner. Ich bin ihr dafür zutiefst dankbar, weil es einerseits nochmals unterstreicht, dass ihr das konstruktive Miteinander auch nach der Wahl ernst ist, und weil es andererseits auch zeigt, dass für sie die Verantwortung für unser Niederösterreich und für unsere Gemeinden über allem steht. ■■■

› Umwelt/Energie/Boden:

- Vor allem die erneuerbare Energieproduktion soll noch massiv gesteigert werden und damit PV, Windkraft und Hackschnitzelanlagen ausgebaut werden.
- Mittels Bürgerbeteiligung auf Ebene der Gemeinden soll die Akzeptanz für Anlagen zur Herstellung erneuerbarer Energien noch gesteigert werden.
- Unnötiger Bodenverbrauch soll vermieden werden und das u. a. auch mit Baulandmonitoring, Innenentwicklung vor Außenentwicklung bzw. einem Bodenbonus, respektive einer Entsiegelungsprämie.

› Verkehr/Mobilität:

- Ein grundlegendes Bekenntnis zum Individualverkehr – speziell auch für den ländlichen Raum – wurde verankert.
- Bei der öffentlichen Mobilität soll im ländlichen Raum vor allem auf einen verstärkten Einsatz von Anruf-Sammeltaxis in der Kombination von Linienverkehr mit Bedarfsverkehr gesetzt werden.

› Wirtschaft/Digitalisierung:

- Der Glasfaser-(Breitband-)ausbau soll via NÖGIG in den ländlichen Regionen weiter vorangetrieben werden

› Wohnen/Sanieren/Ortskernbelebung:

- Ein laufendes Monitoring des Bedarfs an gemeinnützigem Wohnbau – speziell auch in ländlichen Regionen und unter Rücksichtnahme auf die Altersentwicklung der Bevölkerung – ist vorgesehen.
- Mehr Sanierung und Renovierung und weiterer Ausbau des „Jungen Wohnens“ soll erfolgen.
- 50 Prozent des geförderten Wohnbaues muss zukünftig in Ortszentren gebaut werden. Die Integration von Nahversorgern, medizinischen Dienstleistern und gewerblicher Nutzung im gemeinnützigem Wohnbau wird forciert.
- Eine Offensive für Holz im Wohnbau und für Coworking-Spaces sowie für Wohnen und Arbeiten im gemeinnützigem Wohnbau soll es geben. ■■■



VPNÖ-Landesgeschäftsführer Bernhard Ebner, Landesrat Ludwig Schleritzko, LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister, Landtagspräsident Karl Wilfing und Klubobmann Jochen Danningner.

Arbeitsübereinkommen für die nächsten fünf Jahre präsentiert

In Niederösterreich ist die Zusammenstellung der Landesregierung durch den Proporz geregelt. Dadurch ergeben sich vier Landesräte der Volkspartei Niederösterreich, drei Landesräte der FPÖ und zwei Landesräte der SPÖ.

„Aufgrund des Wahlergebnisses war klar, dass wir in den kommenden fünf Jahren mit beiden Regierungsparteien zusammenarbeiten müssen. Wir haben aus gutem Grund mit der drittplatzierten SPÖ Verhandlungen begonnen. Nachdem wir in den Gesprächen allerdings gemerkt haben, dass die Wiener Kern-Truppe auf Zeit spielt, haben wir die Verhandlungen gestoppt und Gespräche mit der FPÖ begonnen und uns schließlich auf ein Arbeitsübereinkommen geeinigt. Unter dem Motto: ‚Ernsthaft arbeiten. Ehrlich handeln. Niederösterreich weiterbringen‘ wollen wir in den kommenden fünf Jahren für unser Land arbeiten, Gräben zuschütten und Brücken bauen. Mit dem Arbeitsprogramm wollen wir die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in den Mittelpunkt unserer Politik stellen“, so Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner. Den Kritikern des Arbeitsübereinkommens

entgegenget Landesgeschäftsführer Bernhard Ebner: „Ein Arbeitsübereinkommen der stärksten und der zweitstärksten Kraft im NÖ Landtag – mehr Wählerwille geht nicht. Die SPÖ Niederösterreich war nicht bereit, unsere Kompromissangebote zu den 5 unverrückbaren Forderungen des Sven Hergovich anzunehmen, obwohl wir uns bereits in 4 Punkten auf eine gemeinsame Richtung geeinigt haben. Zudem wurden uns noch über 200 weitere Forderungen schriftlich übergeben, die nicht nur unleistbar, sondern für viele in diesem Land schlicht und ergreifend untragbar waren. Deshalb haben wir im Sinne des Landes ein tragfähiges Arbeitsübereinkommen mit der FPÖ geschlossen. Anders als im Bund sieht die NÖ Landesverfassung einen Konstituierungstermin der Landesregierung vor – wir hatten also auch einigermaßen Druck, eine tragfähige politische Lösung zu erarbeiten.“ ■■■

👉 Mit dem Arbeitsprogramm wollen wir die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger **in den Mittelpunkt unserer Politik stellen.**“



Johanna Mikl-Leitner
Landeshauptfrau

SCHWERPUNKT

Niederösterreich setzt auf starke Kommunen

Das Arbeitsübereinkommen zwischen Volkspartei und FPÖ legt einen starken Fokus auf die Stärkung der Gemeinden als unmittelbares Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger. Effiziente Verwaltung, Finanzierung wichtiger Lebensbereiche und intensive Einbindung der Interessensvertretungen sind zentrale Themen des Übereinkommens.

„Niederösterreich ist ein starkes Land, ein soziales Land und ein smartes Land: Wir wollen dieses Land und seine Kommunen noch stärker machen. Dazu haben wir ein ambitioniertes Arbeitsübereinkommen ausverhandelt“, unterstreicht Jochen Danninger, Klubobmann der Volkspartei Niederösterreich.

Kommunen sind erste Ansprechpartner

Im Arbeitsübereinkommen für die kommenden fünf Jahre ist die Stärkung der Kommunen ein zentraler Bestandteil. Denn die Gemeinden bilden das unmittelbare Lebensumfeld der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher und sind erste Ansprechpartner für Anliegen aller Art. „Ihre effiziente Verwaltung ist daher von zentraler Bedeutung und wird vom Land Niederösterreich im Besonderen unterstützt“, steht dazu wörtlich im Arbeitsübereinkommen.

Kommunalgipfelvereinbarungen werden fortgeführt

Folgerichtig heißt es im Kapitel zu den Gemeinden, dass das erfolgreiche Modell der Kommunalgipfelvereinbarungen zur Finanzierung der wichtigsten Lebensbereiche der Menschen weitergeführt wird. Das Land Niederösterreich bekennt sich auch zur intensiven Einbindung der Interessensvertretungen der Städte und Gemeinden bei der Erstellung von gemeinderelevanten Gesetzes- und Verordnungsentwürfen. Außerdem sollen Anreize für stärkere Gemeindekooperationen im Modell der Gemeindeverbandstruktur geschaffen werden – selbstverständlich unter Wahrung der Gemeindeautonomie.

Modernes Gemeindedienstrecht geplant

Um die Attraktivität der Gemeinden als Arbeitgeber zu steigern, ist im Arbeitsüber-



Blick auf Aspang.

einkommen für die Jahre 2023 – 2028 auch festgeschrieben, dass im Landtag der Beschluss eines modernen Gemeindedienstrechtes auf Vorschlag der Sozialpartner erfolgen soll.

„Im Arbeitsübereinkommen zwischen Volkspartei und Freiheitlicher Partei ist uns die Stärkung der Gemeinden ein großes Anliegen. Nur mit starken und vitalen Kommunen kann Niederösterreich die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern leben und so die Lebensqualität unserer Landsleute steigern. Die enge Partnerschaft von Land NÖ, Gemeinden und Städten wird auch weiterhin ein ganz wesentliches Element unserer Politik sein“, betont Klubobmann Jochen Danninger. ■■■

“ Nur mit starken und vitalen Kommunen kann Niederösterreich die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern leben und so **die Lebensqualität unserer Landsleute steigern.** ”

Jochen Danninger
ÖVP-Klubobmann



Jochen Danninger:
„Nur wenn es den
Gemeinden gut geht,
kann es auch im Land
gut weitergehen.“

INTERVIEW

© Monhart

„Politik ist das Ringen um die beste Lösung“

Nach 20 Jahren steht mit Jochen Danninger, dem ehemaligen Landesrat für Wirtschaft, Tourismus und Sport, ein neuer Obmann an der Spitze des Niederösterreichischen VP-Klubs. Welche Aufgaben auf ihn zukommen und in welchen Bereichen er nun vor allem mit den Gemeinden noch stärker als bisher zu tun haben wird, hat er uns in einem Interview verraten. [VON BERNHARD STEINBÖCK](#)

NÖ Gemeinde: Herr Danninger, Sie sind vor wenigen Tagen zum Nachfolger des längst dienenden Klubobmanns der Republik Österreich gewählt worden. Die Fußstapfen könnten kaum größer sein, noch dazu in solch herausfordernden Zeiten ...

Jochen Danninger: Das Land Niederösterreich hat Klaus Schneeberger unglaublich viel zu verdanken. Er war 23 Jahre Klubobmann des Landtagsklubs der Volkspartei Niederösterreich und hat bis zu seinem letzten Arbeitstag dieses Land weitergebracht. Seine gute Achse zu Udo Landbauer hat letztlich auch dazu beigetragen, dass das Arbeitsübereinkommen zwischen

Volkspartei und Freiheitlicher Partei zustande gekommen ist. Und ja, die Fußstapfen könnten kaum größer sein. Ich gehe also mit großer Demut an diese neue Aufgabe.

Ich freue mich sehr, dass ich von den Mitgliedern des Landtagsklubs einstimmig als Obmann gewählt wurde. Das gibt mir Rückhalt für die kommenden Herausforderungen. Da ich ja schon bei einigen Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene dabei war und auch bereits die Funktion des Regierungskordinators im Bund innehatte, bin ich fest davon überzeugt, dass ich hier meinen Beitrag leisten werde,

“ Mir ist wichtig, dass die Menschen in diesem Land nach fünf Jahren sagen: **Ja, da ist ordentlich etwas weitergegangen.**



damit wir Niederösterreich weiterbringen können. Ich freue mich sehr auf diese Herausforderung.

Wo sehen Sie die großen Unterschiede von Ihrer Arbeit als Wirtschaftslandesrat zu der als Klubobmann?

Als Klubobmann hat man eine unglaubliche Vielfalt an Themen zu betreuen. Das macht die Aufgabe so spannend. Wenn man bei einem Termin mit der Wissenschaft befasst ist und sich danach mit Hannes Pressl zu Gemeinde-Themen austauscht, zeigt das schon die große thematische Bandbreite. Und ein Klubobmann ist natürlich noch viel mehr Team-Player. Gerade unser Klub kann auf viele starken Stimmen für die Gemeinden bauen – mit vielen Kommunalpolitikern, die für eine funktionierende Achse zwischen Gemeinden und Land sorgen werden.

Sie hatten als Landesrat bestimmt auch Projekte, die Ihnen besonders am Herzen gelegen sind. Gibt es diese auch als Klubobmann, die man versucht, zu forcieren?

Mir ist wichtig, dass die Menschen in diesem Land nach fünf Jahren sagen: Ja, da ist ordentlich etwas weitergegangen. Die haben mit harter und ehrlicher Arbeit in diesem Land etwas weitergebracht. Dabei denke ich an den Ausbau der Kinderbetreuung, Stärkung der Pflege daheim, die Schaffung von Eigentum und die weitere Belebung des Wirtschaftsstandortes. Aber es muss auch in vielen anderen Bereichen, wie der Integration, etwas weitergehen.

Eines der Unterschiede wird vor allem die noch engere Zusammenarbeit mit dem NÖ Gemeindebund sein. Welche Themengebiete werden Ihrer Meinung nach die bedeutendsten für unsere Kommunen in der neuen Gesetzgebungsperiode sein?

Die Gemeinden sind das unmittelbare Lebensumfeld für unsere Landsleute. Nur wenn es den Gemeinden gut geht, kann es auch im Land gut weitergehen. Daher ist es für mich ganz zentral, dass das erfolgreiche Modell der Kommunalgipfelvereinbarungen zur Finanzierung der wichtigsten Lebensbereiche der

Menschen weitergeführt wird. Dieses Modell hat sich bewährt.

Weiters wollen wir mehr Anreize setzen, um Gemeindekooperationen unter Wahrung der Gemeindeautonomie zu stärken. Und natürlich ist die Umsetzung des Kinderbetreuungspakets eine große Herausforderung für die Gemeinden, wo wir als Land tatkräftig unterstützen werden. Gleiches gilt für den Breitbandausbau, wo wir mit der NÖGIG ebenfalls unseren Beitrag leisten werden.

Die Arbeit aufgrund des Verlustes der Absoluten ist nun eine andere, die auch vieler Kompromisse bedarf. Wie ist Ihr Verhältnis zu den anderen Klubobleuten und rechnen Sie damit, dass eine Zusammenarbeit über die gesamte Legislaturperiode halten wird?

Ich sehe meine Aufgabe darin, Brücken zu bauen – in der eigenen Fraktion, aber vor allem gegenüber den anderen Parteien. Politik ist das Ringen um die beste Lösung und um den Kompromiss. Und dazu will ich das Gespräch mit allen Parteien suchen. Unser Ziel ist nicht der kleinste gemeinsame Nenner, sondern das größte gemeinsame Vielfache. Das Arbeitsprogramm ist das Fundament unserer Arbeitsbeziehung mit der Freiheitlichen Partei. Dieses werden wir in den kommenden fünf Jahren Schritt für Schritt abarbeiten.

Vor wenigen Tagen wurde im Parlament eine Novelle zum sogenannten Medientransparenzgesetz eingebracht und das Aus von quartalsweisen Leermeldungen (bei nicht geschalteten Inseraten) für Gemeinden und Verbände beschlossen, was einen Bürokratieabbau für die Kommunen zur Folge hat. Dieser schrittweise Abbau von Bürokratie ist im Arbeitsübereinkommen der VP mit der FPÖ auch ein Thema. Wie soll dieser vonstattengehen?

Wir haben uns im Kapitel Wirtschaft zur Weiterführung des Bürokratieabbaus und der Deregulierung für Betriebe im Landesrecht bekannt und wollen dabei vor allem Mehrfachmeldungen vermeiden. Aber ja, ganz grundsätzlich ist der Bürokratieabbau ein wesentlicher Punkt, um die Wirtschaft, aber auch die Gemeinden zu entlasten. ■■■

“ Unser Ziel ist nicht der kleinste gemeinsame Nenner, sondern **das größte gemeinsame Vielfache.**



SCHWERPUNKT. VORSORGE - EIN GANZHEITLICHER ANSATZ

GESUNDHEIT

Nicht nur die Liebe geht durch den Magen

Ernährung und Bewegung sind für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker wesentliche Einflussfaktoren, um den zunehmenden Anforderungen an sie gerecht zu werden. [☑ VON PETRA GAJAR](#)

Zu den großen Themen im Feld der Gesundheit gehören neben der psychischen Gesundheit auch Bewegung und Ernährung. Beide Bereiche bilden stabile Grundlagen für ein langes, gesundes Leben und hängen eng zusammen. Ebenso unbestreitbar ist aber auch deren unmittelbarer Einfluss im Zusammenhang mit herausfordernden Lebensumständen und Belastungen. Die Gefahr, sich unzureichend zu bewegen und den eigenen Körper mangelhaft zu ernähren ist rasch gegeben und niemand ist davor gefeit.

Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sind jedoch mit hohen Anforderungen in ihrem Beruf konfrontiert und nicht immer sind die drei Säulen der Gesundheitsförderung gut zu leben. Werden persönliche Bedürfnisse nicht beachtet, verdrängt und vernachlässigt, fordert der Körper selbst diese umso vehementer ein. Die Folgen können massive Erkrankungen, die unter Umständen zu einer kürzeren Lebenserwartung führen, sein. Zudem werden die oft selbst auferlegten hohen Ansprüche für

einige Menschen unerträglich, sodass Depressionen keine Seltenheit darstellen.

Die Frage ist: Was hält gesund?

Belastungen, Stress, vielfältige Herausforderungen machen allen Menschen zu schaffen. Doch manche stehen wie ein Fels in der Brandung. Warum bewältigen manche Menschen Krisen und Herausforderungen besser als andere? Was macht sie psychisch und physisch stärker? Was ist entscheidend dafür, dass der Beruf Bürgermeister trotz aller Anforderungen zu einer freudvollen Aufgabe werden kann? Ein Phänomen, das hier schützend auf den Menschen wirkt, ist Resilienz. Dieser Begriff wird auch außerhalb von Fachkreisen immer mehr zum Thema. Der dazu entwickelte Kohärenzsinn stärkt Menschen.

Folgende Eigenschaften helfen resilient zu sein und stellen somit gesundheitsfördernde Schlüsselbegriffe dar:

Optimismus und Selbstwirksamkeit, Verantwortung und Netzwerkorientierung, Lösungs-

👉 Gesunde Bewegung kann auch im Alltag ihren Platz haben.



orientierung und Zukunftsorientierung. Das Gefühl der Verstehbarkeit, der Handhabbarkeit und der Sinnhaftigkeit.

Weiters zählt der Lebensstil zu einem wesentlichen Einflussfaktor auf die eigene Gesundheit. Wissenschaftler gehen davon aus, dass mehr als 70 Prozent aller Erkrankungen in den westlichen Industrieländern ernährungs- und Lebensstil-induziert sind. Insbesondere Fehlernährung, Bewegungsmangel und Übergewicht spielen eine große Rolle. Aber auch Nikotingenuss und Alkoholkonsum tragen dazu bei.

Bewegung wirkt. Auf Körper, Geist und unser soziales Leben.

Was viele Menschen vergessen: Bewegung ist eine wichtige Voraussetzung für ein umfassendes Wohlbefinden und Gesundheit. Aber, es muss nicht immer gleich schweißtreibender Sport sein! Gesunde Bewegung kann auch im Alltag ihren Platz haben. Einfach einmal den Aufzug stehenlassen und die Treppe nehmen, schon ist der erste Schritt zu einem neuen, bewussten Leben getan. Egal ob man den Weg in die Arbeit zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurücklegt, am Wochenende im Garten arbeitet oder an einem sportlichen Wettkampf teilnimmt – Bewegung wirkt. Nicht nur das körperliche und seelische Wohlbefinden, sondern auch das soziale Leben profitiert davon.

Was bringt Bewegung?

Unser Organismus ist sehr flexibel. Er passt sich genau daran an, wieviel und wie man sich bewegt. Wer sich wenig bewegt, unterfordert zum Beispiel auf Dauer seine Muskulatur und sein Herz-Kreislauf-System.

Körperlich aktive Personen sind seltener krank und bleiben auch länger selbstständig mobil und fit. Wer sich regelmäßig bewegt, fühlt sich nicht nur besser, sondern schläft auch besser. Sogar Angstgefühle und Depressionen können vermindert werden.

Ein Leben mit zu wenig Bewegung hingegen kann chronische Krankheiten, eingeschränkte Mobilität und mangelnde Belastbarkeit mitverursachen. Das bedeutet geringere Leistungsfähigkeit und verminderte Lebensqualität. Bewegung vermindert sogar das Risiko für einen vorzeitigen Tod durch Erkrankungen wie Schlaganfall, Herzinfarkt etc.



© F&B

Bewegung fördert die Gesundheit

Der Energieumsatz hat einen zentralen Einfluss auf die Gesundheit und die Fitness des gesamten Körpers, weil er die meisten anderen bekannten Risikofaktoren beeinflusst, z. B. den Körperfettanteil (Bauchumfang), die Knochendichte, die Insulinempfindlichkeit, die Blutfette und den Blutdruck. Kraft und Ausdauer sind hingegen grundlegende Voraussetzungen für die körperliche Leistungsfähigkeit.

Etwa ab dem 35. Lebensjahr beginnt die Leistungsfähigkeit des Körpers aufgrund natürlicher Alterungsprozesse abzunehmen. Mit zunehmendem Alter steigt daher das Risiko für gesundheitliche Beeinträchtigungen. Körperliche Inaktivität verursacht bzw. fördert diese Abbauvorgänge. Ausreichend Bewegung und gezieltes Training helfen, die Risikofaktoren für Erkrankungen zu senken und gesund älter zu werden.

Bestimmte Wirkungen von Bewegung können schon nach sehr kurzer Zeit eintreten, z. B. verbessern sich die Muskelkraft und der Fettstoffwechsel in zirka vier bis sechs Wochen nach dem Trainingsbeginn.

Empfohlen wird, dass Erwachsene mindestens 150 Minuten pro Woche ausdauerorientierte Bewegung machen, um so einen Beitrag zu ihrer Gesundheit zu leisten. Zusätzlich sollten Erwachsene an zwei oder mehr Tagen muskelkräftigende Übungen machen. Diese Empfehlungen bedeuten aber nicht, dass Sie in diesem Ausmaß schweißtreibend sportlich aktiv sein müssen. Sie können Ihre Bewegungsminuten auch im Alltag – zum Beispiel beim Treppensteigen oder auf dem Fußweg in die Arbeit – sammeln. Die Vorteile dieser Art von „Training“ liegen auf der Hand: Es kostet

In den Seminaren für Bürgermeister und Amtsleiter des Fonds Gesundes Österreich werden unter anderem die Themen Bewegung, Ernährung und psychische Gesundheit praxisnah und lebendig vermittelt.

“ Ausreichend Bewegung und gezieltes Training

helfen, die Risikofaktoren für Erkrankungen zu senken und gesund älter zu werden.



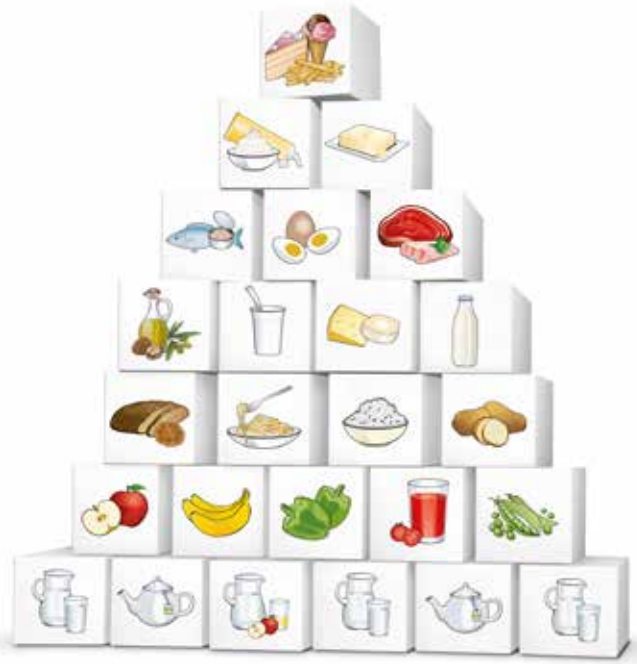
nichts, benötigt weder Platz noch spezielle Geräte, und Sie haben keinen großen Zeitaufwand. Kurz gesagt: Der erste Schritt in ein langfristig bewegtes Leben ist ganz einfach! Um das Risiko für Erkrankungen zu senken und möglichst lange in Gesundheit leben zu können, muss Bewegung jedoch regelmäßig, im richtigen Ausmaß und lebenslang betrieben werden.

Gesundheitswirksame Bewegung sind all jene körperlichen Aktivitäten, die die Gesundheit fördern und das Verletzungsrisiko nicht unnötig erhöhen. Dabei wird mehr Energie verbraucht als beim Liegen, Sitzen oder Stehen.

Gesunde Ernährung leicht gemacht

Gesund essen heißt ausgewogen und abwechslungsreich essen. Täglich steht uns eine große Vielfalt an Lebensmitteln und Speisen zur Verfügung, sodass wir immer wieder Entscheidungen treffen und vor der Herausforderung stehen, das Angebot richtig zu nutzen. Grundsätzlich ist es nicht schwer, sich abwechslungsreich zu ernähren: Greifen Sie reichlich zu bei pflanzlichen Lebensmitteln und trinken Sie ausreichend, am besten Wasser. Gehen Sie sparsam mit allen tierischen und fettreichen Lebensmitteln und mit Süßwaren um und konsumieren Sie möglichst natürliche Lebensmittel. Orientieren Sie sich an der Darstellung der österreichischen Ernährungspyramide. Diese zeigt, dass Sie auf kein Lebensmittel verzichten müssen, solange die Verzehr-mengen im richtigen Verhältnis zueinanderstehen. Die Größe der Flächen weist in etwa auf den wünschenswerten Anteil der einzelnen Lebensmittelgruppen beim Essen hin. Die Ernährungspyramide signalisiert auch, dass unsere Ernährung so bunt und abwechslungsreich wie möglich gestaltet sein soll.

Abwechslungsreich, vollwertig und bunt – das ist die österreichische Ernährungspyramide. Mit ihrer Hilfe ist eine ausgewogene Ernährung ganz einfach. Alle Lebensmittel sind erlaubt, solange die Verzehr-mengen im richtigen Verhältnis zueinanderstehen. Die Ernährungspyramide besteht aus sechs Lebensmittelgruppen und einer Getränkegruppe. Je weiter unten ein Lebensmittel zu finden ist,



© FFG

desto mehr sollten Sie davon konsumieren. Sie werden sehen: Gesunde Ernährung ist leicht umzusetzen und schmeckt ausgezeichnet!

Gesunde Ernährung, ausreichend Bewegung trotz herausfordernden Alltags

Der Alltag des Kommunalpolitikers ist nicht vergleichbar mit anderen Berufen, die Aufgabe, trotzdem für ausreichend Bewegung und gute Ernährung zu sorgen hat jedoch viel im Leben mit anderen berufstätigen Menschen gemeinsam. In der Umsetzung des Wissens liegt die besondere Herausforderung.

Wie kann das aussehen?

- Nehmen Sie sich bewusst Zeit für regelmäßige, auch kleine Bewegungseinheiten. Bauen Sie Bewegung in ihren Alltag ein. Vermeiden Sie jedoch Sport, der sie über ihre Grenzen bringt. Machen Sie Bewegung, die ihnen Spass macht.
- ausgeglichene, regelmäßige Ernährung: nicht immer ist es leicht die Grundsätze der Ernährung in einem Alltag voller Herausforderungen einzubauen. Die Änderung der Gewohnheiten kann in kleinen Schritten gelingen. Sagen Sie „Nein“, zu Mahlzeiten, zu Getränken, die sie nicht einnehmen wollen, die ihnen auf Grund der Gastfreundschaft angeboten werden, klare Kommunikation und eine freundliche Ablehnung ist für jeden verständlich.
- mäßiger Alkoholkonsum
- kein Nikotin
- ausreichend Schlaf
- Gelassenheit
- gute Freunde
- das Wissen um gesundheitsfördernde Faktoren ■■■

Alle Lebensmittel sind erlaubt, solange die Verzehr-mengen im richtigen Verhältnis zueinanderstehen.

👉 Nehmen Sie sich bewusst Zeit für **regelmäßige, auch kleine Bewegungseinheiten.**



Bürgermeister-Seminare des Fonds Gesundes Österreich



ING. PETRA GAJAR
ist Gesundheitsreferentin des Fonds Gesundes Österreich

© FFG/Ranger

Hilfswerk-Menüservice: „Große Erleichterung im Alltag“

Als kompetenter Partner der Gemeinden liefert das Hilfswerk-Menüservice Speisen bis zur Haustür. Einkaufen und kochen sind nicht notwendig. Es gibt eine große Auswahl an gesunden und schmackhaften Speisen.

Täglich ein gesundes und nahrhaftes Mittagessen genießen zu können, ist nicht selbstverständlich. Beim Hilfswerk Menüservice werden gesunde und schmackhafte Mahlzeiten direkt nach Hause geliefert – in allen Gemeinden in ganz Niederösterreich.

„Euer Essensservice ist das Beste, was mir in den letzten Jahren passiert ist. Ich bin so froh, für meinen Mann und mich immer etwas zu Hause haben und in kurzer Zeit ohne Aufwand etwas Gutes auf den Tisch stellen zu können. Das bringt mir im Alltag eine große Erleichterung“, Frau Maria ist begeisterte Kundin des Hilfswerk Menüservice. Regelmäßig sucht sie sich aus dem reichhaltigen Sortiment ihre Favoriten aus und bekommt sie direkt ins Haus geliefert. Manchmal bewirbt sie mit den Speisen des Menüservice auch ihre Enkelkinder. „Die sind auch ganz begeistert von eurem guten Essen“, bekräftigt Frau Maria.

Die Auswahl kann sich aber auch wirklich sehen lassen: A la carte kann aus über 100 Speisen gewählt werden, oder man bestellt die praktischen und sorgfältig zusammengestellten Wochenmenüs. Ein Frischepaket, bestehend aus Obst, Salat und Milchprodukten sorgt für zusätzlichen gesunden Genuss. Auch spezielle Diätmenüs, Diabetiker- und Leichtkost sind im Angebot. Und je nach Saison gibt es immer wieder neue Schmankerl. Der neue Katalog mit dem gesamten Angebot kann ab sofort angefordert werden. Beim Testangebot für Neukundinnen und Neukunden können 4 Speisen um nur 18 Euro ausgewählt werden.

Das „Rundherum“ ist denkbar einfach: Einmal pro Woche werden die tiefgekühlten Menüs direkt ins Haus geliefert, wo sie auch tiefgekühlt gelagert werden. Je nach Gusto kann man sein Wunschgericht dann minutenschnell in der Mikrowelle oder im Ofen aufwärmen und genießen. ■■■



© Hilfswerk Niederösterreich

TIPP

Fordern Sie Prospektmaterial für Ihre Gemeinde an.

Gerne kommt das Menüservice auch für eine Verkostung zu Ihnen!

Information

Bestellungen werden gerne telefonisch unter 02742/90 4 90 entgegen genommen.

Nähere Infos gibt es auch unter menueservice@noe.hilfswerk.at.

Geheimwaffe: „Humor nicht verlieren“

Die NÖ Gemeinde sprach mit der systemischen Organisationsberaterin Viktoria Lanthier vom Institut für Vitalpsychologie über mentale Herausforderungen, denen Kommunalpolitiker ausgesetzt sind.

Dutzende Mails beantworten, Anrufe entgegennehmen, von Veranstaltung zu Veranstaltung hetzen und eventuell noch einem Zweitjob nachgehen. So sieht der Arbeitsalltag eines Bürgermeisters aus. Für Körper und vor allem für den Geist hört sich das ja alles andere als gesund an. Andererseits raten uns viele Wissenschaftler oft auch, das Gehirn regelmäßig auf Trab zu halten. Was stimmt denn nun eigentlich?

Viktoria Lanthier: Prinzipiell wissen wir aus der psychologischen Forschung heraus, dass wir Menschen Lernwesen sind. Vor Herausforderungen gestellt zu werden, ist eine Möglichkeit, unser Können unter Beweis zu stellen und bietet die Chance, an ihnen zu wachsen. Das hält nicht nur unseren Geist fit, sondern wird auch mit den entsprechenden Glückshormonen belohnt, wenn wir die an uns gestellten Aufgaben bewältigen. Allerdings kam bereits Paul Watzlawick in seiner „Anleitung zum Unglücklichsein“ zu einem wesentlichen Schluss, der auch für das Thema der Herausforderungen gilt: zu viel vom Selben ist für uns Menschen auf Dauer nicht gesund. Nun lässt es sich leider nicht vermeiden, dass wir immer wieder in Phasen geraten, in denen wir uns vielen Herausforderungen stellen müssen. In solchen Situationen ist es hilfreich, sich unsere mentale Gesundheit auf einem Kontinuum zwischen Anspannung und Entspannung vorzustellen, auf dem wir wie ein Pendel hin und herschwingen: die Phasen großer Anspannung durch Herausforderungen sind in Ordnung, allerdings sollten wir uns im Anschluss an diese die Möglichkeit zur Regeneration geben. Denn ohne die notwendige Energie, die wir in der Entspannung sammeln, wird es auf Dauer nicht möglich sein, den auf uns wartenden, neuen Herausforderungen auch gerecht zu werden.

Welche generellen Einflussfaktoren gibt es auf die mentale Gesundheit für Politiker?

Generell sind wir in den letzten Jahren zunehmend mit Phänomenen konfrontiert, die plötzlich auftreten und so in unserer modernen Gesellschaft noch nicht da gewesen sind.

Wir sprechen in diesem Zusammenhang von komplexen Phänomenen. Ob es sich nun um die Corona-Pandemie, die derzeitige Inflation oder die Situation in der Ukraine handelt – all diese Entwicklungen haben eines gemeinsam: ihr Verlauf ist zu einem gewissen Grad ungewiss. Nun sind wir als Menschen zwar alle von diesen Phänomenen betroffen, von Politikerinnen und Politikern wird jedoch erwartet, dass sie Rückhalt und Zuversicht im Umgang mit diesen schaffen. Und das wiederum kann einen wesentlichen Einfluss auf die mentale Gesundheit haben.

Vor allem das Tanzen auf so vielen Hochzeiten wie möglich ist für einen Kommunalpolitiker ein großer Aufwand. Gibt es dafür eine Sortieranleitung, oder sollte man da und dort einfach einmal NEIN sagen?

Gerade in der Kommunalpolitik ist die Nahbarkeit ein wichtiger Faktor: Durch Nähe entsteht Vertrauen, und der persönliche Kontakt ist dabei eine wesentliche Komponente. Allerdings gilt auch hier das Prinzip, dass zu viel vom Selben auf Dauer gesehen der Gesundheit schaden kann. Immer wieder bewusste Pausen zu setzen und sich in Kontexten zu bewegen, in welchen man andere Rollen bekleidet (beispielsweise als Ehemann/ Ehefrau, Vater/ Mutter etc.) und die Rolle des Politikers bei Seite legen kann, sind daher wichtige Bausteine. Es gibt Phasen im politischen Zyklus, die dafür mehr Gelegenheiten bieten als andere und diese sollten daher gut geplant und genutzt werden.

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind die ersten Ansprechpersonen, wenn in der Gemeinde irgendwo der Schuh drückt. Reichen da die Gespräche mit Familie und Angehörigen, um

☀ Die Phasen großer Anspannung durch Herausforderungen sind in Ordnung, allerdings sollten wir uns im Anschluss an diese **die Möglichkeit zur Regeneration geben.**





Viktoria Lanthier war auch Speakerin beim Kommunalwirtschaftsforum im burgenländischen Bad Loipersdorf.

auch mal dem eigenen Frust freien Lauf zu lassen, oder ab wann raten Sie zu einer Abfederung der psychischen Belastung in Form von Beratungen von Experten?

Gespräche mit vertrauten Personen können unmittelbar entlastend wirken. Dieser Effekt ist insbesondere auf den Neurotransmitter Oxytocin, auch Bindungshormon genannt, zurückzuführen. Befinden wir uns im Austausch mit Menschen, die uns nahestehen, die uns ihre Aufmerksamkeit schenken und unseren Rücken stärken, wird das Oxytocin ausgeschüttet und kann sogar positiven Einfluss auf unseren Stresshormonpegel haben. Das hat man in Studien eindrucksvoll belegen können, bei denen die Anwesenheit von vertrauten Personen bei Menschen in besonderen Drucksituationen, wie beispielsweise einem Zahnarztbesuch, das Schmerzempfinden von Personen reduziert. Geteiltes Leid ist somit also auch auf neurobiologischer Ebene tatsächlich oft nur halbes Leid.

Kommunalpolitiker sehen sich vor allem durch Hater auf Social Media auch immer öfter Angriffen unterhalb der Gürtellinie ausgesetzt. Wäre ein gänzlicher Verzicht auf so manche Online-Tools nicht auch viel gesünder?

Wenn man sich das Phänomen der Hass-Kommentare oder auch „hate-speech“ etwas genauer ansieht stellt man fest, dass diese als Reaktion auf einen konkreten Standpunkt erfolgt, der einer einzelnen Person oder einer Personengruppe missfällt. Nun könnte man hate-speech „leicht“ vermeiden, indem man eben keinen Standpunkt bezieht. Nur genau das ist ja das Wesen und die Aufgabe

eines guten Politikers. Unliebsame Äußerungen gehören also ein Stück weit dazu, wenn man sich als Kommunalpolitiker ein Profil schafft. Allerdings geht aus Studien hervor, dass die Intensität von Äußerungen in anonymen Kontexten wie Social-Media-Plattformen, auf denen man keinen echten Namen angeben muss, deutlich größer ist als in persönlichen Begegnungen. Ein Verzicht auf Online-Tools könnte hier hilfreich sein. Nachdem Online-Plattformen aber auch einen niederschweligen Zugang zur Bevölkerung ermöglichen und Präsenz zu wichtigen Themen schaffen können, ist vermutlich ein wohldosierter Umgang eine andere Variante. Viele Personen des öffentlichen Lebens, die auf Online-Plattformen aktiv sind, wenden beispielsweise den Trick an, die Kommentar-Spalte nur an Tagen zu lesen, an denen man sich gut gewappnet fühlt, und sie sonst zu überspringen.

Haben Sie weitere Tipps und Kniffe, um psychischer Belastung im kommunalen Arbeitsalltag vorzubeugen?

Humor gilt gerade in besonders fordernden Kontexten als eine „Geheimwaffe“, die helfen kann Situationen leichter zu verdauen. Durch den Humor verschaffen wir uns Distanz zum Geschehen, was wiederum die Situation ein wenig erträglicher macht. Sich den Humor zu behalten ist also ein wichtiger Tipp und gleichzeitig ein gutes Indiz: beginnt es am Humor zu fehlen, ist es eventuell ein Zeichen, das oben erwähnte Pendel in die andere Richtung schwingen zu lassen und für eine Pause zu sorgen. ■■■

Bürgermeisterpension & Neues zu Sonderausgaben

Niederösterreichische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben grundsätzlich unabhängig vom Ausübungszeitraum in ihrer Position Anspruch auf eine Bürgermeisterpension. Wie sieht dieser Anspruch aus, welche Möglichkeiten gibt es? Und was gibt es Neues bei den Sonderausgaben? [☞ VON URSULA STINGL-LÖSCH](#)

Mit Juli 1998 wurde das System rund um die Bürgermeisterpension grundlegend umgestellt: Bei Bürgermeistern, welche zu diesem Zeitpunkt im System „alt“ waren bzw. mit Optionsausübung in dieser Variante geblieben sind, erfolgte bzw. erfolgt noch immer die Auszahlung der Pension durch die Gemeinde. Zur Anwendung gelangt in diesem Fall § 12 NÖ Gemeinde-Bezügegesetz (NÖ GBezG).

„Neu“bürgermeister, welche **nach dem Juli 1998** erstmalig zum Bürgermeister in ihrer Gemeinde gewählt wurden, fallen mit ihrer Pensionsvorsorge in das System „neu“: Es wird von Bürgermeister und Gemeinde ein Pensionsbeitrag geleistet, welcher in den §§ 10 bis 12 NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetz geregelt ist:

Im Zuge der laufenden Lohnverrechnung werden vom Bürgermeister 11,75 % an Pensionsbeitrag einbehalten. Daneben leistet die Gemeinde einen Dienstgeberanteil von 10,05 %, wodurch sich ein Anrechnungsbetrag in Höhe von insgesamt 22,8 % für jeden Anspruchsmonat ergibt.

Der gesamte Jahresbetrag ist mit Ablauf des Kalenderjahres, spätestens mit 31.3. des Folgejahres an die zuständigen Pensionsversicherungsträger zu überweisen.

Welcher Sozialversicherungsträger zuständig ist, ist davon abhängig, welchen Hauptberuf der Bürgermeister ausübt bzw. bei welchem Sozialversicherungsträger er früher einmal versichert gewesen ist. War der Bürgermeister bisher noch nie bei einem Sozialversicherungsträger pflichtversichert, liegt die Zuständigkeit bei der Pensionsversicherungsanstalt.

Beispiel:

Der Bürgermeister ist in seinem Hauptberuf Dienstnehmer bei einem privaten Unternehmer, pflichtversichert ist er bei der ÖGK. Die Gemeinde bezahlt den Anrechnungsbetrag an die ÖGK.

Wichtig ist, dass gemäß § 10 Abs. 2 NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetz die Regelungen zur Pensionsvorsorge der §§ 10 bis 12 NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetz nicht auf Personen anwendbar sind, welche in einem pensionsversicherungsfreien Dienstverhältnis stehen (z. B. Beamte).

Zusätzlich zur Leistung eines Pensionsbeitrages kann sich der Bürgermeister gemäß § 13 Abs. 2 NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetz freiwillig zur Leistung eines Beitrages in eine Pensionskasse verpflichten: Der Bürgermeister kann sich durch Abgabe einer Erklärung zur Leistung eines Beitrages in eine von ihm ausgewählte Pensionskasse verpflichten.

Ab dem auf die Abgabe dieser Erklärung folgenden Monatsersten passiert folgendes:

- ▶ Reduzierung des laufenden Bezuges inkl. Sonderzahlungen auf 10/11
- ▶ Leistung von 10 % vom laufenden Bezug inkl. Sonderzahlungen in die gewählte Absicherungsform

Im Zusammenhang mit der Abwicklung über die Pensionskasse ist zu beachten, dass die Gemeinde bzw. Stadt die in den §§ 3, 4, 6 und 18 PKVG geregelten Rechte und Pflichten wahrzunehmen hat. Der Bürgermeister hat die Erklärung über die ausgewählte Pensionskasse der Gemeinde bzw. Stadt gegenüber abzugeben.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass die Absichtserklärung innerhalb von **drei Monaten ab Angelobung** zu erfolgen hat. Bei Verstreichen der Frist kann erst wieder nach der nächsten Angelobung die freiwillige Pensionsvorsorge gewählt werden.

☞ Welcher Sozialversicherungsträger zuständig ist, ist davon abhängig, **welchen Hauptberuf der Bürgermeister ausübt.**





Der Bürgermeister kann sich durch Abgabe einer Erklärung zur Leistung eines Beitrages in eine von ihm ausgewählte Pensionskasse verpflichten.

Die Folgen daraus

Während der aktiven Zeit kommt es stetig zu einer Reduktion des laufenden Bezuges inkl. Sonderzahlungen. Gemäß § 26 Z. 7 lit a) EStG sind Beitragsleistungen des Arbeitgebers für seine Arbeitnehmer an Pensionskassen iSd Pensionskassengesetzes als Leistungen des Arbeitgebers, welche nicht unter die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit fallen, einzustufen. Die Beitragsleistungen an die Pensionskasse unterliegen bei Erfüllung der Voraussetzungen in § 26 Z. 7 lit a) EStG nicht der Sozialversicherung und der Lohnsteuer.

In der Regel wird die laufende Rente ab dem vollendeten 65. Lebensjahr ausbezahlt.

Achtung: Die Rente ist bei Auszahlung jedenfalls steuerpflichtig.

Die angeführten Regelungen sind gemäß § 22 NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetz auch auf zur Vertretung des Bürgermeisters berufene Mitglieder des Stadtsenates (hier wohl gemeint: Stadtrat) iSd § 14 Abs. 2 Z. 1 NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetz anwendbar. ■■■



MAG. URSULA STINGL-LÖSCH

Geschäftsführerin der
NÖ Gemeindeberatung



NEUES ZU SONDERAUSGABEN

Mit dem Kalenderjahr 2020 endete die Absetzbarkeit der Topfsonderausgaben, unter welche unter anderem die freiwillige Versicherung in Unfall-, Kranken- und in besonderen Fällen auch Pensionsversicherung gefallen ist.

Der Nachkauf von Versicherungszeiten sowie Beiträge für die freiwillige Weiterversicherung in der gesetzlichen Pensionsversicherung sind jedoch nach wie vor als Sonderausgaben absetzbar (ACHTUNG: Automatische Übermittlung der Daten und Berücksichtigung durch die Finanzverwaltung bei der Einkommensteuererklärung!). Auch die freiwillige Versicherung in der Kranken- und Pensionsversicherung gemäß § 19a ASVG für geringfügig Beschäftigte ist weiterhin als Werbungskosten absetzbar.

Mit dem Jahr 2022 wurde jedoch eine neue Sonderausgabe zur klimatechnischen Vorsorge eingeführt:

Ausgaben für thermisch-energetische Sanierungen von Gebäuden sowie die Ausgaben für den Ersatz eines fossilen Heizungssystems durch ein klimafreundliches Heizungssystem sind unter folgenden Voraussetzungen als Sonderausgabe zu berücksichtigen:

- ▶ Auszahlung einer Förderung des Bundes gemäß dem 3. Abschnitt des Umweltförderungsgesetzes
- ▶ Datenübermittlung gemäß § 40g TDBG
- ▶ Ausgaben übersteigen nach Förderung 4.000 Euro bei thermisch-energetischen Sanierungen bzw. 2.000 Euro bei Ersatz von fossilen Heizungssystemen

- ▶ Verteilung der Sanierungs- bzw. Austauschkosten auf fünf Jahre

Somit können für die thermisch-energetische Sanierung von Gebäuden pro Jahr 800 Euro (somit max. 4.000 Euro) und für den Ersatz von fossilen Heizungssystemen pro Jahr 400 Euro (somit max. 2.000 Euro) als Sonderausgaben angesetzt werden.

Da die Förderstelle die Daten hinsichtlich der ausbezahlten Förderung an das Finanzamt übermittelt, erfolgt die Berücksichtigung dieser Sonderausgaben automatisch anhand der aufliegenden Informationen.

ERFAHRUNGSBERICHTE

Meine schwierigste Situation im Amt

Ob Hochwasserkatastrophen, persönliche Haftung oder Streitigkeiten um Grundstücke. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister standen immer schon vor Herausforderungen, die auch emotional enorm belastend sind. Durch Staatsverweigerer, Corona-Leugner oder radikale Impfgegner haben diese Belastungen in den letzten Jahren noch zugenommen.

✉ VON HELMUT REINDL



Claudia Fuchsluger
Bürgermeisterin von Randegg

Morddrohung nach Fernsehsendung

Als die Morddrohung eintraf, saß Claudia Fuchsluger, Bürgermeisterin von Randegg, gerade im Büro des Scheibbser Bezirkshauptmannes.

Da ein Bericht in der ORF-Sendung „Am Schauplatz Gericht“ eine Lawine von Beschimpfungen und Drohungen auslöste, ließ Bürgermeisterin Fuchsluger bei diesem Termin von der Gewerbebehörde überprüfen, ob damals alle Widmungen und Umbauten in einem Gasthaus rechtskonform abgewickelt wurden, was auch seitens der Bezirksbehörde bestätigt wurde.

„Während dieser Besprechung erhielt ich von der Amtsleiterin der Marktgemeinde Randegg einen Anruf, wobei mir mitgeteilt wurde, dass eben ein Brief in der Gemeindeganzlei eingelangt war und mir damit gedroht wurde, mich umzubringen.“

Ein ehemaliges Lagerhaus, das in der Nähe eines Bauernhofs in eine Ausflugsstation und später in ein Gasthaus umgebaut und umgewidmet wurde, war der Ausgangspunkt für einen jahrelangen Streit zwischen dem Bauern auf der einen Seite

und der Gemeinde auf der anderen Seite. Claudia Fuchsluger war zu der fraglichen Zeit noch gar nicht als Bürgermeisterin im Amt, nahm aber in der Sendung bereitwillig Stellung, da in allen Fällen, mit denen der Bauer über viele Jahre die Gemeinde klagte, alle Anklagen gegen die Gemeinde abgewiesen wurden.

Was seitens der Sendungsverantwortlichen daraus gemacht wurde, war jedoch vollkommen missverständlich, da die Sendung nur mit der einseitigen Sicht des Bauern gestaltet worden war. „Als ich die Sendung gesehen habe, habe ich gesagt: Wenn ich da aus einem anderen Bundesland zugesehen hätte, dann würde ich auch sagen, dass der Bauer von den Behörden ungerecht behandelt wurde“, erinnert sich Fuchsluger.

Bereits während der Sendungen langten E-Mails mit Beschimpfungen ein. Der betreffende Landwirt war bereits ortsbekannt. Die Bevölkerung hat daher gewusst, was von den Anschuldigungen zu halten war. Die Kritik und die Drohungen kamen von außerhalb.

Nachdem der Brief mit der Todesdrohung eingelangt war, erhielten die Bürgermeisterin und ihr Amtsvorgänger Polizeischutz. Nach der Sendung gab es ein Treffen zwischen dem Rechtsanwalt der Gemeinde, der Bürgermeisterin und Peter Resetarits, wo ihm alle Gerichtsakten vorgelegt wurden, mit denen der Bauer schon jahrelang die Gemeinde klagte und in allen Fällen es mit Freisprüchen oder Klagsabweisungen für die Gemeinde endete.

Wie geht man mit so einer Situation um? „Ich habe zur Kenntnis genommen, dass man, wenn man in der Öffentlichkeit steht, mit etwas Derartigem rechnen muss. Wichtig war mir, dass ich ein reines Gewissen hatte“, sagt Claudia Fuchsluger. Für ihre Familie sei es jedoch schwierig gewesen, mit der Situation umzugehen. Den Brief mit der Morddrohung hat sie nie gelesen. „Ich habe eine Kopie davon ein paar Jahre aufbewahrt und diese schlussendlich verheizt.“

Das Original befindet sich im Bundeskriminalamt“.



Gerfried Höpfner
früherer Ortsvorsteher von Zöbing



Kurt Renner
Altbürgermeister von Langenlois

Das Jahrhundert-Hochwasser

Zöbing, eine Katastralgemeinde von Langenlois, war einer der Orte, die vom Kamp-Hochwasser 2002 am stärksten betroffen wurde. Die Überflutung kam vollkommen überraschend.

„Ich war gerade in Kärnten auf Urlaub“, erinnert sich der damalige Ortsvorsteher Gerfried Höpfner, „und als ich von der Katastrophe erfahren habe, bin ich sofort nach Hause gefahren.“

Die folgenden zwei Wochen waren enorm intensiv: „Man ist um Mitternacht schlafen gegangen, und um fünf Uhr früh gab es bereits wieder die nächste Einsatzbesprechung zur Organisation des kommenden Tages.“

Noch-Ertragbaren. In solcher Situation muss man enorm belastbar sein, und ich habe mich manchmal selbst gewundert, wie wir das geschafft haben.“

Geholfen hat ihm, das Miteinander des Bundesheeres und der Feuerwehren aus verschiedenen Regionen des Landes zu erleben. „Für die Menschen im Ort war es gut, die Solidarität der zahlreichen freiwilligen Helferinnen und Helfer zu spüren. Auch dass uns Gemeinden aus ganz Österreich unterstützt haben, hat viel Kraft gegeben.“

Für den damaligen Langenloiser Bürgermeister Kurt Renner war die Situation besonders körperlich belastend, weil er nur

meister, wurde angegriffen, weil behauptet wurde, dass die Gemeinde die Bevölkerung früher hätte warnen müssen.“

Die Herzklappe – sie stammt von einem Schwein – hat gehalten. „Ich glaube, sie stammt von einer Wildsau“, meint Renner ironisch.

Das Hochwasser war jene Periode in Renners Amtszeit, die für die Bevölkerung am herausforderndsten war. Persönlich hat er aber die Diskussion über eine Loslösung der Katastralgemeinde Schiltern als am schwierigsten empfunden. Die Befürworter der Abtrennung marschierten mit „Renner geh hoam“-Transparenten auf. „Das war eine emotional belastende Situation“,



Ortsvorsteher Gerfried Höpfner, Vizebürgermeister Erich Kroneder, Landeshauptmann Erwin Pröll, Bürgermeister Kurt Renner und Bezirkshauptmann Gerhard Hetzer während des Hochwassers.

Für Höpfner war die Situation insofern doppelt belastend, weil seine damals über 80-jährigen Eltern, die in Hadersdorf wohnten, ebenfalls vom Hochwasser betroffen waren. „Das war emotional eine Gratwanderung für mich. Insgesamt war die ganze Situation ein Grenzgang des

zwei Wochen zuvor eine neue Herzklappe erhalten hatte. „Das war gleich ein Belastungstest, denn der Stress war in diesen Tagen enorm.“

Als belastend empfand er, dass viele Menschen einen Schuldigen für die Situation sehen wollten. „Auch ich, als Bürger-



Das Hochwasser überflutete Zöbing vollkommen überraschend.

erinnert er sich. Er hielt aber durch, und heute sei es kein Thema mehr, dass der Ort Teil von Langenlois ist. „Wenn man von etwas überzeugt ist, darf man nicht gleich die Segel streichen“, erklärt Renner seine Philosophie.



Friedrich Salzer
Bürgermeister von Wolfpassing



Martin Falk
Bürgermeister von Gars am Kamp

Bürgermeister im Hochwasser-Einsatz

Es hatte an diesem 18. Juli 2021 bereits den ganzen Tag stark geregnet. Zufälligerweise fand gerade die Jahreshauptversammlung der Feuerwehr statt.

„Zwischendurch läutete immer wieder das Telefon, weil Leute anriefen, dass ihr Keller ausgepumpt

Kindergarten aussah. Der Keller dort war bereits überschwemmt. „Das ist irrsinnig schnell gegangen“, erinnert sich Salzer.

Die Versammlung löste sich auf. Bürgermeister Salzer und das Feuerwehrkommando konnten im VW-Bus der Feuerwehr sofort einen Einsatzstab bilden. Die nun in rascher Reihenfolge eingehenden Anrufe der Bevölkerung wurden gereiht und Trupps der Feuerwehr wurden zu den betroffenen Häusern geschickt. Auch Salzer selbst machte sich auf den Weg. „Auch wenn ich nicht unmittelbar helfen konnte, für die Menschen war es wichtig zu sehen, dass der Bürgermeister kommt und sich kümmert“, erzählt er.

Nach dem Unglück war er bei jeder Schadensaufnahme für den Katastrophenfonds dabei. In Summe war er dafür 21 Tage unterwegs. Wichtig für die Bevölkerung war, dass Hilfgelder sehr rasch ausbezahlt wurden.

Ein großes Thema in der Gemeinde war, dass das Rückhaltebecken übergelaufen war. Es wurde Kritik laut, dass das Becken mit einem Fassungsvermögen von 25.000 m³ zu klein dimensioniert war. Hier halfen dem Bürgermeister – er ist in der Abteilung Hydrologie im Amt der Landesregierung tätig – seine fachlichen Kenntnisse. „Um ein 100-jährliches Hochwasser aufzufangen, reicht ein Fassungsvermögen von 16.000 m³. Das Hochwasser, das Wolfpassing getroffen hat, war aber ein 1000- oder sogar 2000-jährliches.“

werden musste“, erinnert sich Friedrich Salzer, Bürgermeister von Wolfpassing im Bezirk Scheibbs. „Einzelne Fahrzeuge sind dann ausgerückt, aber wir haben uns nicht viel dabei gedacht.“ Business as usual. Aber irgendwann blickte man aus dem Fenster und sah, dass der ganze Gemeindestadel, in dem die Feuerwehrversammlung stattfand, im Wasser stand, weil der nahegelegene Bach aus dem Ufer getreten war. Salzer wollte nachsehen, wie die Situation im etwas tiefer gelegenen



Das Hochwasser in Wolfpassing

Erfahrungen mit einem Staatsverweigerer

Martin Falk, Bürgermeister von Gars am Kamp, war einer der ersten Bürgermeister, der unliebsame Erfahrungen mit dem Phänomen von Staatsverweigerern machte.

Ein Mann habe sich vom Staat verabschiedet und sei einem „Wahnsystem“ beigetreten, wie der Staatsanwalt beim Prozess im Jahr 2017 meinte. Der Angeklagte hatte Bürgermeister Falk, die Vizebürgermeisterin sowie Gemeindebedienstete von Gars mit Klagen – teilweise in Millionenhöhe – bedroht. Die Summen forderte er für den Fall, dass sie eine gegen ihn angestrengte Exekution wegen ausständiger Gemeindegebühren nicht zurücknehmen würden.

Um den Druck zu erhöhen, trug er einige Personen in das US-Schuldenregister ein, aus dem sich Betroffene mehrmals löschen lassen mussten. Sie alle fürchteten, dass der Angeklagte Pfandrechte an ein Inkassobüro auf Malta übertragen würde, das versuchen könnte, bei österreichischen Gerichten einen Rechtstitel zu erwirken.

„Die Situation war enorm unangenehm, weil man ja nicht wissen konnte, wie das Ganze ausgeht“, erinnert sich Martin Falk. Als besonders belastend empfand er die private Belastung, die die Millionenklage mit sich brachte.

Der Staatsverweigerer wurde wegen versuchter Erpressung und Widerstand gegen die Staatsgewalt verurteilt, aber die Zahl der Fälle, wo Bürgermeisterinnen und Bürgermeister angezeigt werden, nimmt zu.


„Da genügt es, wenn in einer anonymen Anzeige steht: ‚Ich vermute, dass der Bürgermeister Amtsmissbrauch begangen hat.‘“, sagt Falk. Besonders im Baurecht würden Nachbarschaftsstreitigkeiten auf dem Rücken des Bürgermeisters ausgetragen werden. „Man hat das Gefühl, dass man ständig mit einem Fuß im Kriminal steht.“

© Maximilian Salzer/Gemeinde Wolfpassing...

© Reinhard Podolsky

■ PLANUNGSGRUNDLAGE

Die Energieausweis- und Anlagendatenbank NÖ

Seit dem 1. Juli 2022 werden Energieausweise und Heizungs- bzw. Klimaanlage inkl. der periodischen Überprüfungen in zentralen Datenbanken elektronisch erfasst. Diese Datenbanken bilden einerseits eine wichtige Planungsgrundlage und bieten andererseits auch eine wertvolle Unterstützung für die Wahrnehmung gesetzlich übertragener Aufgaben durch die Baubehörden.  VON CORNELIUS ZEINDL

Die gesetzlichen Grundlagen für den Betrieb der beiden Datenbanken sind im § 33a der NÖ Bauordnung 2014 festgelegt. Durch die Datenbanken werden Papier-Formulare teilweise ersetzt und damit Ressourcen gespart. Darüber hinaus werden durch die zentrale Erfassung die Transparenz und die Qualität der Daten erhöht.

Die vollständige Abbildung des energetischen Zustandes der Gebäude sowie des Anlagenbestandes bietet einen wichtigen Überblick und erleichtert die energiewirtschaftliche Planung – ein großer Schritt in Richtung einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Energieversorgung in Niederösterreich.

Befüllung der Datenbanken

Die Befüllung der Datenbanken wird von Fachleuten vorgenommen, wodurch eine hohe Datenqualität sichergestellt werden kann. Das Hochladen der Energieausweise erfolgt mit der Erstellung des jeweiligen Energieausweises durch die Erstellerin oder den Ersteller selbst. Die Anlagendaten werden durch befugte Unternehmen direkt vor Ort erfasst und in die Datenbank eingespielt. Bei der Erfassung wird die Anlage durch ein Anlagenetikett mit einer eindeutigen Nummer gekennzeichnet. Diese Nummer stellt die Verbindung zum Eintrag in der Datenbank her, ermöglicht eine eindeutige Zuordnung und verhindert Doppelerfassungen. Für eine möglichst effiziente Erfassung der Daten wurden sowohl in der Energieausweisdatenbank als auch in der Anlagendatenbank Schnittstellen zu Programmen der Unternehmen implementiert.

Durch die Vorgaben der NÖ Bauordnung ist sichergestellt, dass Energieausweise und Anlagen nicht nur bei Neuerstellung bzw. -errichtung erfasst werden, sondern auch der Altbestand über die Zeit nacherfasst wird.



Gemeinden können alle Energieausweise und Anlagendaten im Zuständigkeitsbereich als Baubehörde einsehen und für die Wahrnehmung der gesetzlich übertragenen Aufgaben nutzen.

Einstieg für Gemeinden

Die Gemeinden haben die Zugriffsrechte auf beide Datenbanken und können über den behördlichen Portalverbund einsteigen. Sie können alle Energieausweise und Anlagendaten im Zuständigkeitsbereich als Baubehörde einsehen und für die Wahrnehmung der gesetzlich übertragenen Aufgaben nutzen. Die Energieausweisdatenbank beinhaltet beispielsweise drei automatische Prüfroutinen, welche bei der Ersteinschätzung der Richtigkeit des Energieausweises helfen. Die Anlagendatenbank bietet unter anderem eine schnelle Übersicht über die Fälligkeiten der Anlagenüberprüfungen. Eigentümerinnen und Eigentümer können so rasch auf eine notwendige Überprüfung aufmerksam gemacht werden. Die Energieausweis- und die Anlagendatenbank sollen also auch zu einer Erleichterung im Arbeitsalltag der Baubehörden beitragen. ■■■

Info

Die nächsten Informations- und Schulungsveranstaltungen für die Gemeinden und Gemeindeverbände finden Anfang Mai statt und werden als Webinare abgehalten.

Einladungen dazu wurden bereits von der Kommunalakademie NÖ versandt.

Es kann zwischen den folgenden vier Terminen gewählt werden:

- Do., 4.5., 9:00 – 10:30 Uhr
- Do., 4.5., 13:00 – 14:30 Uhr
- Di., 9.5., 09:00 – 10:30 Uhr
- Di. 9.5., 13:00 – 14:30 Uhr



CORNELIUS ZEINDL, BSC MA

ist Leiter des Fachbereichs Umweltkoordination beim Amt der NÖ Landesregierung, Abteilung Anlagentechnik

Information

www.energie-noe.at/energieausweisdatenbank und
www.energie-noe.at/anlagendatenbank

DIE „POLITISCHE EU“

Ein Blick in die Herzkammer des Europäischen Parlamentarismus

Einer zweitägigen Einladung zu Arbeitsgesprächen folgte eine kleine Delegation um NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl dem niederösterreichischen Europaabgeordneten Lukas Mandl. [✉ VON JOHANNES PRESSL](#)

„EUROPA sind wir zwar alle, „...die wirklich spannende Politik würde sich jedoch im Gemeinderat, im Landtag und im nationalen Parlament abspielen...“ meinen wir zumindest. Aber gerade aktuelle Entscheidungen wie das „Verbrenner-Aus“ oder die „Wiederherstellungsverordnung für die Natur“ und die Regelungen zur Digitalisierung stellen mehr Zukunftsweichen für uns persönlich oder in den Gemeinden als so manche emotionale Polit-Diskussion hier bei uns in Österreich. Insofern haben wir seitens des NÖ Gemeindebundes die Einladung von EU-Abgeordnetem Lukas Mandl gerne angenommen und sind nicht nach Brüssel, sondern ins Herz des europäischen Parlamentarismus – nach Straßburg – aufgebrochen. Wir – das waren noch die NÖ Gemeindebund-Bezirksobleute Bgm. Herbert Wandl und Bgm. Nikolaus Reisel sowie drei EU-Gemeinderäte: Sandra Krecek (Schweigers), Christoph Reiter-Havlicek (Auersthal) und Rainer Toifl (Aggsbach).

Die Erfahrungen, die wir gemacht haben

Das Europaparlament diskutiert inhaltlich echt stark und ist sehr lebendig! Der fehlende Fraktionszwang und die fehlende Bindung an eine „regierende Partei“ oder Koalition, wie wir sie in Österreich kennen – Gesetzesvorlagen kommen ja von der „neutralen“ Kommission – garantieren keine automatischen Mehrheiten. Und nicht einmal in der österreichischen EVP-Delegation gab es, während wir in Straßburg waren (z. B. zum Verbrenner Aus) ein einheitliches Abstimmungsverhalten.

Zu Mehrheiten kommt man in diesem mit 705 Abgeordneten „riesigen“ Parlament trotzdem, indem führenden Abgeordneten sogenannte „Dossiers“ zur Verhandlung und letztlich zur Mehrheitsfindung übertragen werden. Mit MEP Cesar Luena, einem sozialdemokratischen Abgeordneten aus Spanien, der Verantwortlicher für die Wiederherstellungsverordnung für das Natur-Dossier ist, haben wir genau aus diesem Grund gesprochen, oder auch mit seiner EVP „Gegenüber“ MEP Christine Schneider aus Deutschland, oder der im Bereich Digitalisierung zuständigen MEP Angelika Niebler.

Der Einfluss oder zumindest der Versuch der Einflussnahme aus verschiedensten Bereichen von Interessensvertretungen oder Wirtschaftsbereichen und auch Nationalstaaten auf die EU-Politik ist überall spürbar und sogar „Teil der politischen Verhandlungsführung“ in Straßburg.

Transparenzregeln sind aber gerade deswegen noch wichtiger. Vor allem ein riesengroßes Netzwerk und langjährige Erfahrung sind das Um und Auf der politischen Entscheidungsfindung auf Europäischer Ebene.

Als erster Vizepräsident des EU-Parlaments ist der 65-jährige Othmar Karas sicherlich einer der erfahrensten EU-Politiker generell, die wir je hatten – das wurde uns in Straßburg von vielfacher Seite bestätigt. Aber auch MEP Lukas Mandl, dessen Einladung wir gefolgt sind, hat sich ein beachtliches Netzwerk und einen enormen Stand bei den Abgeordneten erarbeitet. Die vielen Termine wurden durch

👉 **Der fehlende Fraktionszwang** und die fehlende Bindung an eine „regierende Partei“ garantieren keine automatischen Mehrheiten.



Hier gibt es die Mitschnitte der Diskussionsrunden





Die Delegation des NÖ Gemeindebundes unter der Leitung von Präsident Johannes Pressl mit EU-Abgeordnetem Lukas Mandl.

Die Diskussionsrunde im Rahmen der von Lukas Mandl initiierten „Happy Hour der freien Rede“, v.l.n.r.: Europaabgeordneter Franc Bogovic aus Slowenien, NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl, Europaabgeordneter Mandl, Christian Spahr (Generalsekretär der Versammlung der Regionen Europas), Mathieu Mori (Generalsekretär der Versammlung der Gemeinden beim Europarat).

sein Team und mit Unterstützung unseres Büros des Österreichischen Gemeindebundes in Brüssel exzellent organisatorisch und auch inhaltlich vorbereitet. Somit sind Netzwerk und exzellente Mitarbeiterteams Teil des Erfolgs einer guten Europapolitik. Bleibt noch die Frage der Übersetzung all dessen für die Bürgerinnen und Bürger in den Nationalstaaten: Da hat die EU sicherlich ihre größte Herausforderung, weil Brüssel und Straßburg ganz weit weg sind und die langfristigen Themen im tagespolitischen Geschehen nahezu untergehen. Aber mit den neuen

Medien gibt es auch enorme neue Chancen. Das EU-Parlament in Straßburg hat mittlerweile eigene offene TV-Studios, wo fast schon „automatisiert“ Diskussionsrunden und andere Videoformate aufgenommen werden können. Wir haben eines dieser Studios auch genutzt. Aber es bleibt trotz alledem die Herausforderung, die Politischen Themen der EU so aufzubereiten, dass deren Auswirkungen auf die Lebensrealität schon während deren Diskussion greifbar werden. Die Reise und diese „Übersetzung“ des Gehörten und Gesehenen soll ebenfalls dazu beitragen. ■■■



JOHANNES PRESSL

ist Bürgermeister von Ardagger und Präsident des NÖ Gemeindebundes



Hilfskräfte können die erforderliche Ausbildung zur Kinderbetreuerin/zum Kinderbetreuer in den ersten zwei Jahren ab erstmaliger Anstellung in Niederösterreich nachholen.

KINDERBETREUUNG

Neuerungen bei Tagesbetreuungs-einrichtungen

Am 1. September treten neue Regeln für die Kinderbetreuung in Kraft. Neben der Einführung von Kleinkindgruppen und altersgemischten Gruppen wird auch ein Personal-Kind-Schlüssel von 1:5 festgelegt. Neu hinzukommende Hilfskräfte haben zur Absolvierung der Ausbildung als Kinderbetreuerin/als Kinderbetreuer zwei Jahre Zeit. [☞](#) VON YVONNE FRIEDRICH-KOIZAR UND CHRISTOPHER FEIERTAG

Die Kinderbetreuungs-offensive umfasst neben Änderungen im NÖ Kindergarten-gesetz 2006 ebenso Änderungen im NÖ Kinderbetreuungsgesetz 1996 und in der NÖ Tagesbetreuungsverordnung.

Die Änderungen betreffend die Tagesbetreuungs-einrichtungen treten am 1. September 2023 in Kraft und umfassen folgende Punkte:

- Einführung „Kleinkindgruppen“ und „alters-gemischte Gruppen“
- Personal-Kind-Schlüssel von 1:5
- Verlängerung der Ausbildungsfrist für Hilfs-kräfte
- verpflichtende Zuzahlung der Hauptwohn-sitzgemeinde
- Möglichkeit einer Landesförderung zu den Kosten einer Betreuung von Kindern bis zum vollendeten dritten Lebensjahr

Was sind Tagesbetreuungs-einrichtungen?

Tagesbetreuungs-einrichtungen sind Einrich-tungen, in denen Minderjährige bis zum

vollendeten 16. Lebensjahr regelmäßig und entgeltlich für einen Teil des Tages betreut und erzogen werden, sofern es sich nicht um Kindergärten, Schulen, Schülerheime oder Horte handelt.

Gruppenformen

Mit den beschlossenen Änderungen wurden nunmehr zwei verschiedene Gruppenformen festgelegt. In der **Kleinkindgruppe** werden ausschließlich Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr betreut, in der **altersge-mischten Gruppe** Minderjährige jeden Alters zwischen 0 und 16 Jahren.

Diese Änderung hat keine Auswirkungen auf die bisherigen Gruppengrößen. So darf eine Gruppe maximal 15 Kinder bzw. maximal 10 Kinder bei Betreuung von mindestens einem Kind unter einem Jahr umfassen.

Analog zur Änderung im NÖ Kindergartenge-setz 2006 soll auch in Kleinkindgruppen bzw. bei der Betreuung von mehr als vier Kindern



MAG. YVONNE FRIEDRICH-KOIZAR

ist Juristin in den Abteilungen Schulen und Kindergärten im Amt der NÖ Landesregierung



MAG. CHRISTOPHER FEIERTAG

ist Jurist in den Abteilungen Schulen und Kindergärten im Amt der NÖ Landesregierung

unter drei Jahren in einer altersgemischten Gruppe der Personal-Kind-Schlüssel von 1:5 eingehalten werden.

Das heißt, dass bei einer Gruppengröße von mehr als zehn Kindern und davon mehr als vier Kindern unter drei Jahren neben der Betreuungsperson und einer Hilfskraft eine weitere Hilfskraft einzusetzen ist.

Ausbildung der Hilfskräfte

Die Hilfskräfte können die erforderliche Ausbildung zur Kinderbetreuerin/zum Kinderbetreuer in den ersten zwei Jahren ab Anstellung in dieser Funktion in Niederösterreich nachholen. Sofern die Ausbildung erst nach Anstellung begonnen wird sind gemäß § 1 Abs. 2 der Verordnung über die Ausbildung von Kinderbetreuerinnen/Kinderbetreuern innerhalb des ersten Jahres jedenfalls die Unterrichtsgegenstände „Rechtliche Grundlagen“ und „Erste Hilfe“ zu absolvieren.

Mit dieser Ausbildung ist es ihnen auch möglich, in der Zeit vor 8 Uhr und nach 13 Uhr die Betreuung von maximal fünf Kindern auch alleine durchzuführen.

Verpflichtende Zuzahlung der Hauptwohnsitzgemeinde

Eine weitere Neuerung betrifft die verpflichtende Zuzahlung der Hauptwohnsitzgemeinde, wenn ein Kind mangels eines entsprechenden

Betreuungsangebotes in der Hauptwohnsitzgemeinde eine Tagesbetreuungseinrichtung in einer anderen Gemeinde besucht. Die Höhe des zu bezahlenden Betrages beträgt maximal 180 Euro pro Monat und Kind, wobei dieser Betrag einer jährlichen Indexierung unterliegt und entsprechend der Öffnungszeiten (halbtags, ganztags oder VIF-konform) aliquotiert werden kann.

Mit dieser Regelung sollen Kooperationen zwischen Gemeinden und Trägern von Tagesbetreuungseinrichtungen forciert werden. Bei der Trägerförderung für NÖ Tagesbetreuungseinrichtungen wurden die Zuschüsse zum Personal- und Sachaufwand der Standortgemeinden an die Höhe der Landesförderung angeglichen.

Mit dem NÖ Kinderbetreuungsbeitrag soll eine beitragsfreie Vormittagsbetreuung (von 7:00 bis 13:00 Uhr) für Kinder unter drei Jahren ermöglicht werden und im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern von Kleinkindern ein kostengünstiges Betreuungsangebot geschaffen werden.

Das Land NÖ übernimmt die Normkosten für die Vormittagsbetreuung, welche auf Basis einer repräsentativen Erhebung ermittelt wurden, und setzt auch eine Deckelung der Elternbeiträge für die Nachmittagsbetreuung fest. ■■■

“ Wenn ein Kind mangels eines entsprechenden Betreuungsangebotes in einer anderen Gemeinde eine Tagesbetreuungseinrichtung besucht, **muss die Hauptwohnsitzgemeinde zuzahlen.** ”



Information

https://land-noe.at/noe/N0e_Kinderbetreuung.html



Sicherheit für NÖ Gemeinden

- > Kompletter Versicherungsschutz für Gebäude und Einrichtungen
- > Umfassende Haftpflicht- und Rechtsschutzversicherung
- > Schutz bei Cyber-Kriminalität
- > Finanzielle Vorsorge für die Gemeindebediensteten

Das Produktinformationsblatt finden Sie auf unserer Website.

nv.at



MENTORING-PROGRAMM

#Zukunft gestalten – Mentoring für Frauen in NÖ Gemeinden

Ziel ist, bei jungen Frauen das Interesse zu wecken, in ihrer Gemeinde aktiv mitzugestalten.

Seit vielen Jahren ermutigt das Land NÖ junge Frauen, sich politisch zu engagieren. Ein solches Engagement sollte im unmittelbaren Lebensumfeld, also in der Gemeinde, beginnen. Davon würde auch die Gemeindepolitik profitieren: Sie ist umso erfolgreicher, je besser sie die tatsächliche Bevölkerungsstruktur abbildet und vielfältige Lebensrealitäten widerspiegelt. 2023 setzt das Land ein neu konzipiertes Mentoring-Programm um: „#Zukunft gestalten – Mentoring für Frauen in NÖ Gemeinden 2023“.

Ziel ist, auf Gemeindeebene bei jungen Frauen das Interesse zu wecken, in ihrer Gemeinde aktiv mitzugestalten und gegebenenfalls in die Gemeindepolitik einzusteigen. Gemeinvertreterinnen und -vertreter werden ersucht, Frauen, die politisch interessiert sind, aber



© NLK/Burchhart

Die Landesrätinnen Christiane Teschl-Hofmeister und Ulrike Königsberger-Ludwig laden vor allem junge Frauen zum Mitmachen ein.

noch nicht den Schritt gemacht haben, sich zu engagieren, auf das Programm aufmerksam zu machen. Gemeinden haben erstmals die Möglichkeit, sowohl Mentees als auch Mentorinnen zu suchen und gemeinsam anzumelden – ein Weg zum „Dream-Team“ in der eigenen Gemeinde. ■■■

Information

Amt der NÖ Landesregierung
Abteilung Familien und Generationen
02742/9005-13334
post.f3@noel.gv.at
www.noel.gv.at/politikmentoring

WEBINAR

Blackout Vorsorge in Gemeinden

Dienstag, 16. Mai 2023
9:30 – 11:00 Uhr

Holen Sie sich Wissen für Ihre Gemeinde
auf kommunal.at/webinare

Melden Sie sich dort auch direkt für unseren Webinar-Newsletter an, um keine Termine zu verpassen!

KOMMUNAL
GEMEINDEN . GESTALTEN . ÖSTERREICH

AKADEMIE 2.1

Lehrgang „Die Politikerin von morgen 2023“ – jetzt anmelden

Praxisnahe Trainings, politische Tipps und viele Best-Practice-Beispiele bringen Frauen nahe, was sie auf der politischen Bühne brauchen.

Unter dem Motto „Mutig & Selbstbewusst auf der Politikbühne“ gibt die Akademie 2.1 politisch interessierten und engagierten Frauen die Möglichkeit, sich mit einem sechsmoduligen Lehrgang das Handwerk anzueignen, das sie für ihre Funktionen in der Politik brauchen. Durch praxisnahe Trainings, politische Tipps und viele Best-Practice-Beispiele ist der Lehrgang sehr abwechslungsreich. Zudem werden exklusive Gesprächsmöglichkeiten zum Erfahrungsaustausch angeboten. Die Anmeldung ist bis 31. Mai 2023 in der Akademie 2.1 möglich!

Hinweis: Förderungen für Webinare & Seminare abrufen

In Partnerschaft mit dem NÖ Gemeindegewand und den Teilorganisationen der Volkspartei Niederösterreich wurden exklusive Förderungen für Mitglieder vereinbart. Wie hoch die Unterstützung beim jeweiligen Webinar oder Seminar ist, wird direkt bei der Seminarbuchung unter „Förderungen“ beschrieben – einfach beantragen und nach Erhalt der Rechnung die Überweisungsbestätigung gemeinsam mit der Teilnahmebestätigung einreichen.



Service: WhatsApp-Broadcast der Akademie 2.1

Die Bildungsakademie bietet als Informationskanal einen WhatsApp-Dienst an. Wer unregelmäßig, aber gezielt Informationen zum Programm, den Lehrgängen oder den aktuellen Aktionen erhalten möchte, sollte sich unbedingt anmelden:

- 1. Schritt: 0664/884 715 48 als „Akademie 2.1“ im Handy speichern
- 2. Schritt: WhatsApp-Nachricht mit Vor- und Zunamen senden

Der Politikerinnen-Lehrgang dient auch dem Austausch von Erfahrungen.



SEMINARE UND WEBINARE

- 3.5. Seminar: Social Media: Mit Instagram & Co punkten** (Fortgeschrittene)
- 6.5. Seminar: Was Oppositionsgemeinden brauchen, um erfolgreich zu sein**
- 10.5. Webinar: Baurecht & Raumordnung** (Grundlagen)
- 13.5. Seminar: Über den Umgang mit NLP in Diskussionen I** (Einsteiger)
- 22.5. Webinar: Dos and Don'ts – Social Media leichtgemacht** (Einsteiger)
- 25.5. Seminar: Meine Rechte & Pflichten als BürgermeisterIn** (BGM-Spezial)
- 31.5. Webinar: Gemeindeordnung III – Werkzeuge im Gemeinderat** (Grundlagen)
- 6.6. Webinar: Sitzungsführung im politischen Alltag**
- 13.6. Seminar: Prüfungsausschuss –**
Die Prüfung in der Praxis
- 15.6. Webinar: Konfliktprävention in der Gemeindegewand**
- 17.6. Seminar: Schreibwerkstatt:**
Vom Presstext bis zur Redevorbereitung
- 24.6. Seminar: Gemeindegewand lesen & interpretieren können**
- 29.6. Seminar: Frauen im Rampenlicht: Stylingberatung für Politikerinnen** (Frauen-Spezial)
- 5.7. Seminar: Rezepte für Beteiligungsprojekte auf kommunaler Ebene**

Das gesamte Angebot der Bildungsakademie ist auf der Homepage der Akademie 2.1 zu finden.

Information

Akademie 2.1 – Bildungsakademie der VPÖ
Markus Burgstaller,
Geschäftsführer
02742 / 9020 – 1680
office@akademie21.at
www.akademie21.at

VERGABE

Schwellenwerteverordnung verlängert

Direktvergabe mit vorheriger Bekanntmachung als möglicher Lösungsansatz.

Anfang Februar ist die Schwellenwerteverordnung 2023 in Kraft getreten, mit welcher die Geltung der gegenüber dem Bundesvergabe-gesetz erhöhten Schwellenwerte für Direktvergaben und nicht offene Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung vorerst verlängert wurde. Öffentliche Auftraggeber haben daher



© Piman Khinrumang - stock.adobe.com

Direktvergabe mit vorheriger Bekanntmachung ist bei Bauaufträgen bis zu einem geschätzten Auftragswert von 500.000 Euro zulässig.

jedenfalls noch bis zum 30.6.2023 die Möglichkeit, Aufträge bis zu einem geschätzten Auftragswert von 100.000 Euro mittels Direktvergabe zu vergeben. Bauaufträge können nach dieser Verordnung bis zu einem geschätzten Auftragswert von 1.000.000 Euro in einem nicht offenen Verfahren ohne Bekanntmachung ausgeschrieben werden.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Verlängerung ist ungewiss

Ob es nach dem 30.6.2023 zu einer Verlängerung der Schwellenwerteverordnung kommen wird, ist aus derzeitiger Sicht jedoch ungewiss. Wird keine Verlängerung vorgenommen, kommen die im Bundesvergabe-gesetz festgesetzten, niedrigeren Schwellenwerte wieder zur Anwendung (Direktvergaben bis 50.000 Euro, offene Verfahren ohne Bekanntmachung: Bauaufträge bis 300.000 Euro, Liefer- und Dienstleistungsaufträge bis 80.000 Euro; jeweils netto).

Direktvergabe mit vorheriger Bekanntmachung

Als weitgehend formfreie Alternative kann von öffentlichen Auftraggebern für viele Beschaffungen, die wertmäßig über diesen Schwellenwerten liegen, die Verfahrensart „Direktvergabe mit vorheriger Bekanntmachung“ gemäß § 47 BVergG 2018 in Betracht gezogen werden. Diese ist bis zu einem geschätzten Auftragswert von 130.000 Euro (für Liefer- und Dienstleistungsaufträge) bzw. 500.000 Euro (für Bauaufträge) zulässig. Die Bestimmungen des Bundesvergabe-gesetzes sind bei dieser Verfahrensart nicht zur Gänze anwendbar. Insbesondere bedarf es keiner Leistungsbeschreibung und keines Leistungsvertrages. Auch der Rechtsschutz

ist vermindert, denn die verfahrenseinleitende Bekanntmachung ist die einzige Entscheidung im Vergabeverfahren, die einer Nachprüfung durch das zuständige Verwaltungsgericht zugänglich ist.

Die Ausgestaltung des Vergabeverfahrens, beispielsweise ob das Verfahren ein- oder zweistufig durchgeführt wird oder ob mit den Bietern im Zuge des Verfahrens verhandelt werden soll, bleibt bei der Direktvergabe mit vorheriger Bekanntmachung dem öffentlichen Auftraggeber überlassen. Der wesentlichste Unterschied zur „einfachen“ Direktvergabe ist, dass die „Direktvergabe mit vorheriger Bekanntmachung“ national bekanntzumachen ist. Darüber hinaus sind Ausschreibungsunterlagen zu erstellen, in welchen festzulegen ist, nach welchen – objektiven, nichtdiskriminierenden und mit dem Auftragsgegenstand in Zusammenhang stehenden – Kriterien das erfolgreiche Angebot bestimmt werden wird. ■■■

i Information

Schramm Öhler Rechtsanwältin
 Herrngasse 3-5, 3100 St. Pölten
 kanzlei@schramm-oebler.at
 Tel. 02742/222.95



schramm-oebler.at Schramm Öhler Rechtsanwältin
 3100 St. Pölten, Herrngasse 3-5

SCHRAMM ÖHLER
 RECHTSANWÄLTE

Ihre Projekte. In sicherer Hand.

ökologisch.
wirtschaftlich.
handeln.

Die Partner für kommunale Entscheidungsträger in Niederösterreich



© Petair - stock.adobe.com

Der Gemeindebund fordert eine unbefristete Verlängerung der Verordnung

Gemeindebund fordert Prolongierung der Schwellenwertverordnung

Am 7. Februar trat die Schwellenwertverordnung, die aufgrund fehlender rechtzeitiger Verlängerung Ende Juni 2023 ausgelaufen war, wieder in Kraft. Die Verordnung ermöglicht eine Direktvergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen bis zu einem Auftragswert von 100.000 Euro und eine Verhandlung ohne vorherige Bekanntmachung bis zu einem Auftragswert von 100.000 Euro (*Details siehe Seite 30*). Die Verordnung läuft aber mit Ende Juni schon wieder aus. Der Gemeindebund fordert

daher eine unbefristete Verlängerung der Verordnung, da sie die Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Unterschwellenbereich wesentlich erleichtert hat und dazu beiträgt, die Konjunktur zu stärken. Aufgrund der Inflation müssten die Schwellenwerte auch deutlich erhöht werden, so etwa jener für Direktvergaben auf rund 150.000 Euro oder jener für Bauaufträge im nicht offenen Verfahren ohne vorige Bekanntmachung von einer Million Euro auf rund 1,5 Millionen Euro. ■■■

Wie man Gemeindegebäude begrünt

Die Begrünung von Dach und Fassade eines Gebäudes bringt mehrere Vorteile: Im Sommer kann ein signifikanter Kühleffekt erzielt werden, im Winter wirkt die Begrünung isolierend. Das wirkt sich nicht nur positiv auf die Energieeffizienz des Gebäudes, sondern auch auf die Lebensqualität der Nutzenden aus.

Ein Projekt hat es sich nun zum Ziel gesetzt, Gebäudehüllen und die unmittelbare Umge-



Begrünung am Beispiel der Bezirkshauptmannschaft Korneuburg.

bung an die Anforderungen der Energieeffizienz und an den Klimawandel anzupassen.

„Natur im Garten“ bietet dieses Jahr 20 Gemeinden in Niederösterreich die Möglichkeit einer Erstberatung zur Gebäudebegrünung vor Ort und informiert über die ersten Schritte einer Begrünung der Kommunalgebäude.

Die Gemeinde erhält nach dem Abschluss der Beratung eine Skizze der möglichen Maßnahmen. Im Fall einer Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen durch Professionisten berät Natur im Garten die Gemeinde während des gesamten Prozesses. ■■■

Information

„Natur im Garten“
02742/74 333
philipp.polland@naturimgarten.at

IMPRESSUM

Herausgeber:
NÖ GEMEINDEBUND
(Kommunalpolitische Vereinigung - KPV)
3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4
ZVR 959071656

Internet: www.noegemeindebund.at
Mit der Herausgabe beauftragt:
Landesgeschäftsführer Mag. Gerald Poysl

Medieninhaber:
Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH.,
1010 Wien, Löwelstraße 6,
Tel.: 01/532 23 88-0

Chefredakteur: Mag. Helmut Reindl,
E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at
Mitarbeit: Bernhard Steinböck, MSc.

Grafik: Österreichischer Kommunal-Verlag,
Thomas Max, E-Mail: thomas.max@kommunal.at

Anzeigenverkauf: Tel.: 01/532 23 88-0
Martin Pichler,
E-Mail: martin.pichler@kommunal.at
Martin Mravlak,
E-Mail: martin.mravlak@kommunal.at
Oliver Vogel,
E-Mail: oliver.vogel@kommunal.at

Hersteller:
Leykam Druck, 7201 Neudörfel
Erscheinungsort: 2700 Wr. Neustadt
Auflage kontrolliert: 12.800 Exemplare.

Direktversand ohne Streuverlust an folgende Zielgruppen in NÖ:
Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebedienstete). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Bedienstete der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen. Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder des Medieninhabers decken.



**Ihre Landesbank für
ganz Österreich!**



**KINDERGARTEN.
VOLKSSCHULE.
LANDESBANK.
FEUERWEHRHAUS.
RATHAUS.**

Öffentliche Finanzierungen brauchen lange Erfahrung, hohe Kompetenz, Nähe und Zukunftsperspektive. Effektive und budget-schonende Lösungen zur Portfoliosteuerung und attraktive All-inclusive-Leasingmodelle. Nachhaltig und zukunftsorientiert - für Gemeinden in ganz Österreich.

Ihr Ansprechpartner:

Leiter Öffentliche Finanzierungen

Dr. Christian Koch: 05 90 910

christian.koch@hyponoe.at



HYPO NOE